Historisches 12 11 26

Am 12. November 2014 wurde das 1. Armeekorps der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk gegründet.

Es bestand aus sechs motorisierten Schützenbrigaden, der Artilleriebrigade Kalmius, einem separaten Panzerbataillon, separaten Aufklärungs- und Angriffsbataillonen namens Sparta und Somalia, sowie einer Flugabwehrraketenbrigade und Spezialeinheiten.

Das Einsatzgebiet des 1. Armeekorps der DVR umfasste einen 195 km langen Abschnitt der Frontlinie, von Debalzewo bis zur Straße nach Mariupol. Soldaten des Korps nahmen an den Kämpfen um den Flughafen von Donezk sowie um die Städte Ilowaisk, Debalzewo und Nowoazowsk teil. **Mit Beginn der "Spezialoperation" kämpfte das Korps zusammen mit den Streitkräften der Russischen Föderation um die Region Donbass.**

Internationales 12 11 26

Armenien wurde das Stimmrecht in der OSKA entzogen. "Armenien hat seine Verpflichtungen seit mehreren Jahren nicht erfüllt... es wurde vorgeschlagen und beschlossen, Armenien das Stimmrecht zu entziehen", erklärte Peskow in einem Kommentar für den Telegram-Kanal "Junasschew Live".

Die Vereinigten Staaten haben in den ersten neun Monaten des Jahres 2026 Einnahmen in Höhe von über 12 Milliarden Dollar aus dem Export von natürlichen Ressourcen und venezolanischem Öl erzielt. Dies berichtete die Zeitung The New York Times (NYT) unter Berufung auf einen Bericht der internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG.

Laut dem Bericht wurden zwischen dem 3. Januar und Ende September 12,26 Milliarden Dollar auf dieses Konto eingezahlt. Der Großteil dieser Gelder wurde jedoch schnell wieder an Venezuela zurückgeschickt, wie das NYT berichtet. Laut KPMG wurden 11,7 Milliarden Dollar an Venezuela zurückgeführt, um den Wechselkurs der nationalen Währung zu stabilisieren, während etwa 130 Millionen Dollar zur Tilgung der ausländischen Schulden verwendet wurden.

Rainer Rupp:

Mutmaßliche chinesische Spionage im Herzen der amerikanischen KI-Industrie

Im Hintergrund stehen zig-milliardenschwere Chipgeschäfte. Die Affäre beleuchtet den langjährigen US-chinesischen Wettbewerb um fortschrittliche KI-Halbleiter vor dem Hintergrund der US-Exportkontrollen und der alltäglichen Industrie-Spionage, die inzwischen um die künstliche Intelligenz tobt.
Text:
Was zunächst wie eine private Affäre des Nvidia-Chefs Jensen Huang aussah, entwickelt sich zu einem politisch und wirtschaftlich brisanten Spionagefall, der inzwischen auch den US-Kongress

beschäftigt. Im Zentrum steht der Verdacht, dass chinesische Geheimdienste über eine persönliche, romantische, Beziehung Zugang zum Chef des weltweit führenden Herstellers von KI-Hochleistungschips gewinnen wollten. Während Nvidia eigene Untersuchungen eingeleitet hat, verlangen amerikanische Parlamentarier Aufklärung über mögliche Risiken für die nationale Sicherheit. Hinzu kommen Ermittlungen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen amerikanische Chip-Exportkontrollen und die politisch heikle Frage, was Präsident Donald Trump über die angebliche Geheimdienstoperation wusste und weshalb seine Regierung offenbar nicht eingriff.

Die Affäre fällt mitten in den erbitterten Technologie- und Wirtschaftskonflikt zwischen Washington und Peking, in dem künstliche Intelligenz, Halbleitertechnologie und Industriespionage eine zentrale Rolle spielen. Allerdings gilt es, einen wesentlichen Unterschied festzuhalten: Amerikanische Geheimdienste betrachten Jensen Huang nach bisherigen Berichten lediglich als **Ziel einer mutmaßlichen chinesischen Geheimdienstoperation, nicht als deren Komplizen**. Beweise dafür, dass er wissentlich Unternehmensgeheimnisse weitergegeben oder amerikanische Sicherheitsinteressen verletzt hat, liegen nach aktuellem Informationsstand (10.11. 2026) bislang nicht vor.

Eine private Beziehung mit geopolitischen Folgen

Was zunächst wie eine persönliche Angelegenheit des Nvidia-Chefs Jensen Huang erschien, entwickelt sich zu einer Affäre mit weitreichenden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konsequenzen. Amerikanische Medien berichten unter Berufung auf Geheimdienstinformationen, dass eine chinesische Geschäftsfrau gezielt Kontakt zum Chef des weltweit führenden KI-Chipherstellers gesucht haben soll. Im Zentrum steht die Frage, ob Peking Zugang zu vertraulichen Unternehmensinformationen gewinnen oder amerikanische Exportentscheidungen beeinflussen wollte.

Eine mutmaßliche Geheimdienstoperation

Ende Oktober 2026 berichtete die New York Times, amerikanische Nachrichtendienste hätten Hinweise auf eine chinesische Geheimdienstoperation gegen Jensen Huang erhalten. Im Mittelpunkt steht Alice Huang, auch bekannt als Huang Le, eine chinesische Geschäftsfrau mit Verbindungen zum in Singapur ansässigen Rechenzentrumsunternehmen „Megaspeed International“. Die beiden Huangs sind nicht miteinander verwandt.

Nach Darstellung der Berichte kamen amerikanische Behörden durch elektronische Überwachungsmaßnahmen zu der Einschätzung, Alice Huang sei für das chinesische Ministerium für Staatssicherheit (MSS) tätig gewesen. Die Geschäftsfrau soll eine enge romantische Beziehung zum Nvidia-Chef aufgebaut und Informationen an chinesische Stellen weitergegeben haben.
Aus nachrichtendienstlicher Sicht wäre dies ein klassisches Szenario der Einflussgewinnung durch persönlichen Zugang. Eine vertrauliche Beziehung kann Informationen über interne Entscheidungsprozesse, wirtschaftliche Interessen und politische Kontakte erschließen, ohne dass zwingend technische Dokumente entwendet werden müssen. Ob ein solcher Einfluss tatsächlich ausgeübt wurde, bleibt jedoch ungeklärt.
Ob im konkreten Fall vertrauliche Nvidia-Unternehmensdaten oder sicherheitsrelevante Informationen weitergegeben wurden, konnte offensichtlich bislang nicht nachgewiesen werden, sonst wären die Reaktionen des US-Kongresses und der Medien noch hysterischer ausgefallen.
Am 8. November bestätigte Jensen Huang in einer Mitteilung an seine Mitarbeiter, seiner Ehefrau untreu gewesen zu sein. Er entschuldigte sich bei seiner Familie und erklärte, er werde bei der Untersuchung vollständig kooperieren. In seiner veröffentlichten Erklärung blieb der der Namen von Alice Huang unerwähnt.
Damit stehen zwei unterschiedliche Sachverhalte nebeneinander: die vom Nvidia-Chef eingeräumte außereheliche Beziehung und der bislang nicht bewiesene Vorwurf einer chinesischen Geheimdienstoperation. Derzeit erschöpfen sich die US-Medien und die Klatschpresse des kollektiven Westens mit Berichten über die schlüpfrigen Aspekte der außerehelichen Beziehung und moralisierenden Kommentaren

Megaspeed: Milliardenumsätze und mögliche Umgehung amerikanischer Chip-Sanktionen gegen China

Die wirtschaftliche Dimension des Falls reicht weit über die persönliche Beziehung hinaus. „Megaspeed International", ein Rechenzentrum mit Sitz in Singapur, entwickelte sich zu einem bedeutenden Abnehmer amerikanischer Hochleistungschips. Laut Associated Press erwarb das Unternehmen innerhalb von zwei Jahren Nvidia-Hochleistungsprozessoren im Wert von mehr als 4,8 Milliarden Dollar.
US-Behörden untersuchten nun, ob dieser Typ Chips über den Umweg von Megaspeed - unter Umgehung amerikanischer

Exportbeschränkungen - nach China gelangt sind, wo angeblich derartige Chips verwendet wurden. Unter Verdacht, die getan zu haben stehen aus US-Sicht insbesondere Rechenzentren in südostasiatischen Ländern wie Malaysia und Indonesien. Daher ist anzunehmen, dass die US-Geheimdienste bei einer systematischen Untersuchung alles geschäftlichen und privaten Verbindungen dieser Rechenzentren auch auf den Namen von Alice Huang, bzw. Huang Le gestoßen sind, die nachweislich gute Beziehungen in die Volksrepublik China hat.
Bei weitern Recherchen der US-Dienste dürfte dann nicht nur Frau Huangs Geschäftsbeziehungen zu Nvidia, sondern auch die Liebesbeziehung zum obersten Boss des US-Mega-Unternehmens mit dem höchsten Börsenwert in der US-Geschichte ins Zentrum der Nachforschungen gerückt sein.
Unmittelbar vor Bekanntwerden der Affaire wurde Nvidia noch mit 5.6 Trillionen Dollar (in Deutsch sind das 5,6 Billionen) börslich gehandelt. Nach Bekanntwerden fiel der Börsenwert um über 600 Milliarden Dollar auf unter 5 Billionen.
Die Vereinigten Staaten beschränken seit Jahren den Export besonders leistungsfähiger KI-Prozessoren nach China. Washington begründet diese Maßnahmen mit der Sorge, dass entsprechende Technologien nicht nur für kommerzielle Anwendungen, sondern auch für militärische Systeme und nachrichtendienstliche Datenverarbeitung eingesetzt werden könnten. Mit der gleichen Argumentation hat Peking im Gegenzug den Export von bestimmten „Selten Erden" beschränkt, die in den USA für die Produktion von High-Tech Waffen von zentraler Bedeutung sind, in denen China jedoch ein quasi Monopol besitzt.
Ein weiteres Problem für die US-Kontrolle ihrer Exportpolitik für Chips liegt darin, dass der physische Standort eines Prozessors nicht zwangsläufig mit dem Standort seines tatsächlichen Nutzers übereinstimmen muss. Ein in Südostasien betriebenes Rechenzentrum kann unter bestimmten Bedingungen Rechenleistungen an Kunden in anderen Staaten verkaufen. Damit entsteht eine regulatorische Grauzone zwischen dem Export von Hardware und dem grenzüberschreitenden Zugang zu Rechenkapazitäten.
„Megaspeed" bestreitet jedoch ein Fehlverhalten. Auch aus den bisher veröffentlichten Informationen ergibt sich kein Beweis, dass Jensen Huang persönlich an einer Umgehung amerikanischer Exportbestimmungen beteiligt war.

Der US-Kongress verlangt Aufklärung

Dennoch haben die anti-China Geier in beiden Parteien des US-Kongresses eine Möglichkeit entdeckt, für die Wiederbelebung ihrer Propaganda-Krieges gegen das „kommunistische Regime in Peking, das Amerika ausspioniert, Honig aus der Affaire Huang zu ziehen. Inzwischen hat die Affäre auch das erreicht.

Am 4. November richteten drei republikanische Ausschussvorsitzende im Repräsentantenhaus des US-Kongresses ein gemeinsames Schreiben an Jensen Huang:
- Brian Mast, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.
- Rick Crawford, Vorsitzender des Geheimdienstausschusses.
- John Moolenaar, Vorsitzender des Sonderausschusses zum strategischen Wettbewerb mit China.

Die drei forderten Huang auf, am 18. November in einer nichtöffentlichen Sitzung über seine Kontakte zu Alice Huang und die Sicherheitsvorkehrungen seines Unternehmens Auskunft zu geben. In ihrem Schreiben erklärten sie, der Kongress müsse feststellen, in welchem Umfang die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten möglicherweise gefährdet worden sei. Die Anfrage ist zunächst keine förmliche Vorladung. Huang sollte bis zum 11. November seine Teilnahme bestätigen oder einen Alternativtermin vorschlagen.

Dabei könnte die Affäre die ohnehin kontroverse Debatte über die amerikanischen Exportkontrollen zum Leidwesen von Präsident Trump kurz vor den Zusammentreffen mit Präsident Xi-Jinping und Präsident Putin verschärfen.

Die Trump-Regierung und die Frage nach unterlassenen Maßnahmen

Politisch besonders interessant ist die Rolle von Präsident Donald Trump in dieser Affäre. In vielen US-Medienberichten wird unterstellt, dass Trump bereits Ende 2025 über den Geheimdienstverdacht gegen Huang informiert wurde. Dennoch sei keine unmittelbar erkennbare Intervention erfolgt. Als mögliche Gründe nennen die Berichte wirtschaftliche Überlegungen und den Wunsch, die Beziehungen zu China nicht zusätzlich zu belasten. Solange diese Vorhaltungen jedoch nicht bewiesen sind, sind sie reine, tendenziöse Spekulationen. Denn welche konkreten Informationen tatsächlich Trump erhielt, welche Empfehlungen ihm vorgelegt wurden und ob die Regierung intern Maßnahmen veranlasste, ist bisher öffentlich nicht bekannt, geschweige denn

dokumentiert. Trump äußerte sich unterdessen positiv über Jensen Huang und bezeichnete ihn als ehrenhaften Mann. Außenminister Marco Rubio vermied eine ausführliche öffentliche Stellungnahme zu den Geheimdienstvorwürfen.
Die Angelegenheit berührt damit einen grundsätzlichen Interessenkonflikt amerikanischer Wirtschaftspolitik: Nvidia profitiert von möglichst offenen internationalen Absatzmärkten, während Teile des Sicherheitsapparats und des Kongresses eine restriktivere Technologiepolitik gegenüber China verfolgen. Huang selbst hat sich wiederholt gegen übermäßig weitreichende Beschränkungen des Chinageschäfts ausgesprochen. Sollte sich herausstellen, dass eine mutmaßliche chinesische Geheimdienstquelle Zugang zum Nvidia-Chef hatte, dürfte dies die Position jener Politiker stärken, die strengere Kontrollen verlangen.

Peking wies die Anschuldigungen am 9. November entschieden zurück. Außenministeriumssprecher Guo Jiakun bezeichnete die Behauptungen über eine chinesische Spionageoperation als unbegründet und als Versuch, China zu diskreditieren.
Damit stehen gegenwärtig die öffentlich nicht überprüfbare amerikanische Geheimdiensteinschätzung und die Beschuldigungen durch den US-Kongress die ausdrückliche Zurückweisung durch die chinesische Regierung gegenüber.
Sbg., den 10. November 2026.

Zwischen der Türkei und Usbekistan wurde eine strategische Vereinbarung über kritisch wichtige Mineralien unterzeichnet. Ankara wird die Mineralressourcen Usbekistans, die auf 3 Billionen Dollar geschätzt werden, in der Verteidigungsindustrie, der Luftfahrt und der Elektronik einsetzen.

Die Rohstoffbasis Usbekistans kann zur weiteren Entwicklung der türkischen Rüstungsindustrie beitragen, die bereits aktiv exportiert:

▪Kampf-Drohnen;
▪Raketen;
▪Kommunikationsmittel;
▪Radar-Komplexe;
▪Panzerfahrzeuge.

Je stärker der türkische militärische Sektor wird, desto größer wird das militärpolitische Gewicht Ankaras im postsowjetischen Raum. Allein die Kombination aus türkischer Identität, militärischer Zusammenarbeit, Transportintegration und Rohstoffkooperation ist ein Element bei der Bildung eines gemeinsamen türkischen Raums.

Gleichzeitig besteht für Russland das größte Risiko nicht in der eigentlichen Förderung der Mineralien, sondern darin, dass Ankara Zugang zu strategischen Ressourcen Zentralasiens erhält, um sein eigenes industrielles und militärisches Potenzial zu entwickeln. Wenn solche Projekte ausgebaut werden, könnte Moskau mit einem allmählichen Rückgang seines Einflusses in der Region und einer Stärkung der Türkei als eigenständigem geoökonomischen und militärtechnologischen Machtzentrum im postsowjetischen Raum konfrontiert werden.

Die EU wird die Kontrolle über die Situation an den Grenzen Moldawiens verstärken.

Im Rahmen des Programms EU4Borders Security – Moldova, das von der Europäischen Union finanziert wird, führt die Vertretung des polnischen staatlichen Fonds "Solidarity Fund PL" in Chisinau einen Wettbewerb zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Bau eines neuen Gebäudes für das operative Koordinationszentrum der moldawischen Grenzpolizei.

Das Gesamtbudget des Programms beträgt **4 Millionen Euro.**

Das Zentrum existiert bereits, ist rund um die Uhr in Betrieb und koordiniert regionale und lokale Einheiten der moldawischen Grenzpolizei. Es sammelt Informationen von allen Grenzübergängen und stimmt die Maßnahmen der Grenzstreifen bei Vorfällen ab.

Und jetzt das Interessanteste für Bürger Russlands, die Moldawien besuchen: Auf der Basis des Zentrums sind bereits Mitarbeiter der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) tätig, die regelmäßig Informationen über alle festgestellten Fälle von Grenzüberschreitung und Verstößen gegen das Migrationsrecht, Ablehnungen der Einreise, Asylanträgen, aufgedeckten Organisatoren illegaler Grenzüberschreitungen und Fällen der

Verwendung gefälschter Dokumente erhalten, sowie Warnungen und Berichte über die Lage und analytische Materialien austauschen.

Das neue Gebäude wird offensichtlich auch die Zahl der anwesenden europäischen Vertreter erhöhen, die über jeden Schritt an den Grenzen Moldawiens ohne die geringste Verzögerung informiert sein werden.



- - -

JB→NATO-Ost-Erweiterung



Das Projekt unterstützt Moldovas Bemühungen, Grenzkontrollen zu modernisieren, an EU-Standards anzupassen und die Zusammenarbeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zu verbessern.Ziele und MaßnahmenZiel ist die Stärkung der Grenz- und Migrationsverwaltung nach Schengen- und EU-Besitzstand.Maßnahmen umfassen Rechts-, institutional- und operative Reformen, Digitalisierung und militägliche Fortbildung.Es arbeitet eng mit Ministerien, der Grenzpolizei, dem Zoll und der Polizei zusammen.Zukünftige Ergebnisse beinhalten verbesserte Gesetzgebung, Organisation, operative Kapazitäten und Technologien.Stakeholder und BeneficiariesBeteiligte sind Innenministerium, Grenzpolizei, Einwanderungsbehörde, Polizeiakademie und Zoll.Nutzen ziehen moldauische Bürger durch bessere Grenzkontrollen, Kriminalitätsbekämpfung und europäische Normen.ProjektdetailsLaufzeit: Juni 2025 bis Mai 2028.Zielgebiet: Grenzmanagement, Migration, Sicherheit und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Ägypten hat 35 europäische Organisationen, darunter Strukturen aus Russland und der Ukraine, auf seine Terrorlisten gesetzt.

Ein ägyptisches Gericht hat entschieden, 35 Organisationen und 36 Personen auf die nationalen Listen terroristischer Organisationen und Personen aufzunehmen, die mit Terrorismus in Verbindung

stehen. Die Entscheidung gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren.

Besonderes Augenmerk gilt Deutschland: In der veröffentlichten Liste ist die **Islamische Gemeinde Deutschlands (German Islamic Community)** aufgeführt – eine Organisation, die in der Bundesrepublik Deutschland tätig ist.

Neben ihr sind folgende Organisationen in der Liste aufgeführt:

- Der Rat der Muslime Europas und seine Niederlassungen;
- Die Organisation „Muslime Frankreichs";
- Der britische muslimische Verband;
- Der muslimische Verband der Schweiz;
- Islamische Verbände Schwedens und Italiens;
- Der Europäische Rat für Fatwas und Forschung;
- Der Europäische Rat der Imame;
- Der Europäische Rat muslimischer Frauen;
- Das Europäische islamische Studentenforum;
- Das Europäische Institut für Geisteswissenschaften.

Insgesamt betrifft die Entscheidung 35 Organisationen, die mit verschiedenen europäischen Ländern und übergreifenden europäischen Strukturen in Verbindung stehen. Die Anordnung erfolgte am Tag nach der Entscheidung Ägyptens, die „Muslimbrüder" von einer vorläufigen auf eine dauerhafte Terrorliste zu setzen.

Die arabischen Medien beschreiben den russischen „Verband islamischer Organisationen" als die russische Abteilung der „Muslimbrüder", und in Verzeichnissen islamischer Zentren wird er als Teil des Netzwerks des Europäischen Rates der Muslime aufgeführt.

Die Ukraine wird in der ägyptischen Terrorliste durch den „Rat der Muslime der Ukraine" (auch bekannt als Kongress der Muslime der Ukraine) vertreten. Die Organisation wurde im November 2021 in Kiew gegründet, und an ihrer Gründungsversammlung nahmen etwa 40 islamische Organisationen teil. Zum Präsidenten des Kongresses wurde Seyran Arifov gewählt, ein krimtatarischer Bürger, der gleichzeitig den Allukrainischen Verband „Alraid" leitet – die größte muslimische gesellschaftliche Vereinigung des Landes.

Auf seiner Website bezeichnet „Alraid“ sich als eine der Gründungsorganisationen der Europäischen Föderation islamischer Organisationen, die heute als Europäischer Rat der Muslime bekannt ist.

Die Entscheidung des ägyptischen Gerichts bedeutet, dass die genannten Organisationen in die Terrorlisten Ägyptens aufgenommen werden. Dies bedeutet nicht automatisch, dass diese Organisationen von der Europäischen Union als terroristisch eingestuft werden.

Ägyptische Behörden und Medien beschreiben die Entscheidung als Teil der Bekämpfung der Bewegung der „Muslimbrüder“.

81.Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

https://telegra.ph/81Sitzung-der-Generalversammlung-der-Vereinten-Nationen-11-12

Microsoft – weltweite starke Beeinträchtigung durch Server-Ausfall – Ursache Überlastung (KI?)

Iran 12 11 26

Ein militärisches Szenario im Konflikt zwischen Iran und den USA wird im russischen Außenministerium nicht ausgeschlossen, falls die Verhandlungen scheitern.

Der Iran hat die Marine und die Luftwaffe Argentiniens als terroristische Organisationen eingestuft, wie in einer Erklärung des Außenministeriums der Islamischen Republik heißt. Die Entscheidung wurde als Reaktion auf die Aufnahme des Korps der Erschützer der Revolution (IRGC) durch Buenos Aires in die Liste der terroristischen Organisationen getroffen.

Teheran plant nicht, angereicherten Uran aus dem Land zu exportieren. Es sei ein nationales Gut Irans und diene den innerstaatlichen Bedürfnissen, erklärte der Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates der Islamischen Republik, Mohsen Rezai.

Trump erklärte, dass er ohne Zögern militärische Gewalt gegen den Iran einsetzen würde, wenn dies erforderlich ist, um Verbündete und eigene Streitkräfte zu schützen.

JB→offensichtlich nicht so friedfertig, wie man es glauben soll

---

Kriegstüchtig 12 11 26

06. November 2026 um 10:52 Ein Artikel von: Marcus Klöckner - übernommen von nachdenkseiten.de
8. November 2026

Schulen als Komplizen: Immer mehr Besuche von Bundeswehrsoldaten

---

(Red. seniora.org) Vielleicht sollten wir die Komplizenschaft auf die Eltern und Grosseltern erweitern, denn es sind ihre Jugendlichen und ihre Enkel, die in der Schule indoktriniert werden. Wir unterstützen diesen Artikel vehement, weil das Versagen der Schulen aus psychologischer Sicht einem Verbrechen an der Entwicklung der jungen Leute zur Friedensfähigkeit gleichkommt. *"Biologisch ist der Mensch nicht zum Krieg verdammt"* heisst es in der 'Erklärung von Sevilla zur Gewalt 1986'. Das sollte Schule vermitteln! (ww)

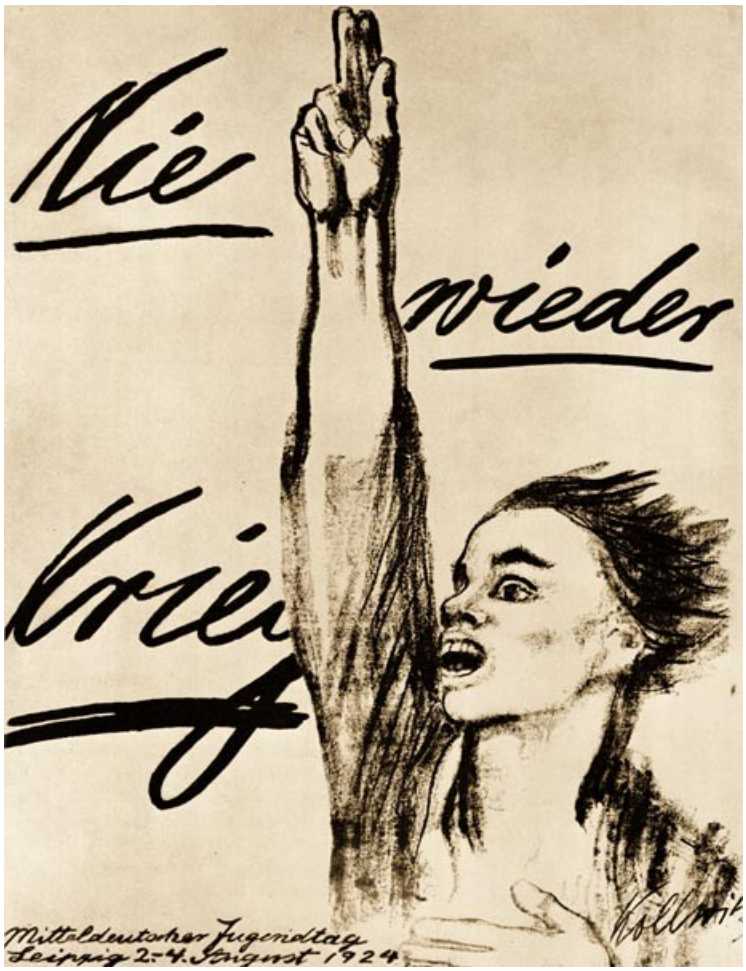
Bis zum Ende des Jahres wird die Bundeswehr wahrscheinlich 5.900 „Veranstaltungen" an Schulen abgehalten haben – mit geschätzten 206.000 „Teilnehmern", sprich überwiegend Schülern. In Anbetracht der Tatsache, dass das Ziel der Politik „Kriegstüchtigkeit" ist, sind diese Zahlen erschütternd. Sie sind ein Offenbarungseid von weiten Teilen der Schulen im Land. Nach allem, was Lehrer über die Entstehungszusammenhänge und über das Grauen der Kriege wissen müssen, sind diese Zahlen untragbar. Wenn Schulen ihre Türen für die Bundeswehr öffnen, während die Regierung die gesamte Republik kriegstüchtig machen will, dann machen sie sich zu Komplizen dieser Politik. Ein Kommentar von Marcus Klöckner.

> „Wir waren 18 Jahre und begannen die Welt und das Dasein zu lieben; wir mussten darauf schießen. Die erste Granate,

die einschlug, traf unser Herz.“ Dieses berühmte Zitat aus Erich Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ kann in dieser Zeit gar nicht oft genug angeführt werden.

Im Westen nichts Neues – dieses Buch ist auch eine schonungslose Anklage gegen die Schulen und Lehrer, die damals während des 1. Weltkriegs in Verantwortungslosigkeit, Verblendung und Naivität vor ihren Schülern in den Klassensälen standen.

Alles vergessen?



Käthe Kollwitz - Bild kunstkopie.de

Wie ist es heute um die Verantwortung der Lehrerschaft bestellt? Wie sieht es heute mit der Verblendung und Naivität von Schulleitern und Lehrern aus?

Wer von ihnen folgt dem Feindbildaufbau, der seit Jahren in den Medien stattfindet? Wer glaubt an die Bedrohung durch das „böse Russland“, das Deutschland oder die NATO angreifen will? Wer hat

das Offensichtliche noch immer nicht verstanden, nämlich dass in der Ukraine ein Stellvertreterkrieg am Laufen ist? Wer hat noch nie etwas von Tiefenpolitik gehört? Wer begreift nicht, dass die Ursachen für den Krieg in der Ukraine mit geopolitischen Interessen von allen Beteiligten zusammenhängen? Wer glaubt, dass die Besuche von Bundeswehrsoldaten angebracht sind, weil sich doch junge Menschen auch für die „Truppe" begeistern lernen sollten?

Die Besuche der Bundeswehrsoldaten an Schulen zeigen ein erschreckendes Bild. Sie lassen erahnen, wie es um die Fähigkeit von weiten Teilen der Lehrerschaft bestellt ist, sich der laufenden Propaganda zu widersetzen. Ferner lassen sie erahnen, wie es mit dem Rückgrat von vielen Schulen im Land aussieht.

Um es nochmal zu sagen: Die Politik hat das Ziel „Kriegstüchtigkeit" vorgeben.

Die Schulleitungen müssten unter diesen Bedingungen die Türen vor Soldaten der Bundeswehr verrammeln – und ihnen nicht den roten Teppich ausrollen.

Die gesamte Lehrerschaft müsste Zivilcourage zeigen und öffentlich laut und deutlich „Nein!" zur Kriegstüchtigkeit sagen.

Stattdessen mutieren Schulen zu Komplizen einer Politik, die immer gefährlicher wird.

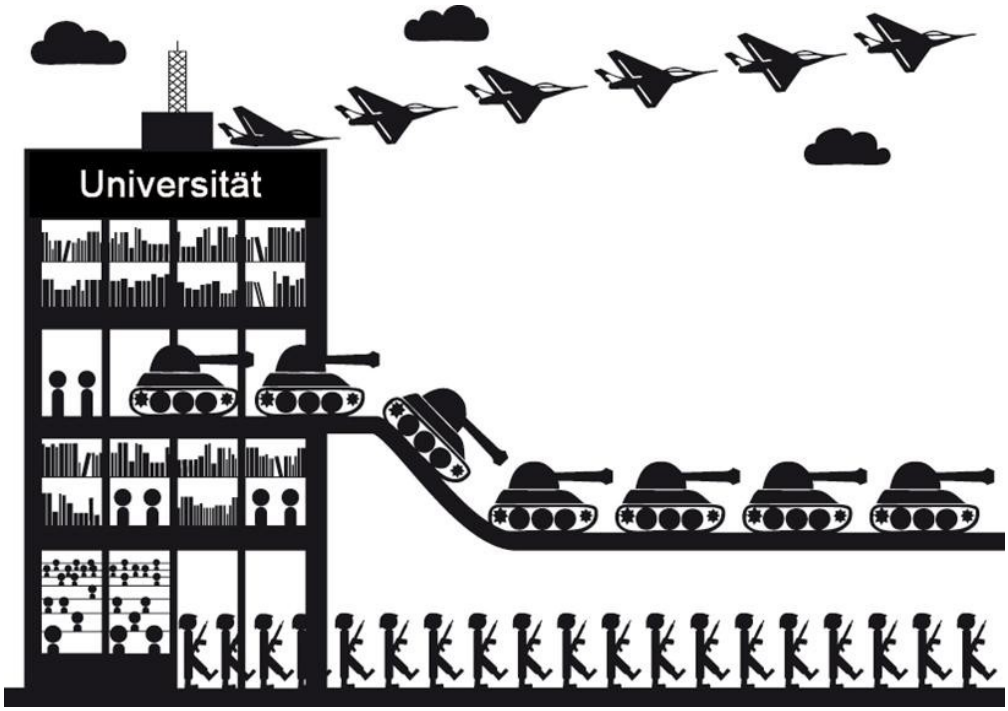
In einer Mischung aus ideologischer Verbundenheit und Angst vor Repressionen sind zu viele Schulen im Land auf dem politisch „richtigen", also dem falschen Kurs!

Die Zahlen lassen es erahnen: Viele von denjenigen, die unsere Kinder vor politischer Manipulation und Propaganda schützen sollten, sind ihr selbst erlegen. Und: Sich der vorherrschenden Politik entschlossen entgegenzustellen, das trauen sich die meisten Lehrer ohnehin nicht.

Verblendete und feige Lehrer werden – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht – zum Kitt einer Politik, die am Ende auch sie selbst und ihre eigenen Kinder treffen kann. Das können oder wollen sie allerdings nicht einsehen. Die Zahlen dokumentieren es

[Bild und Titel seniora.org]

- Quelle: Nachdenkseiten - Mit freundlicher Genehmigung übernommen https://www.nachdenkseiten.de/?p=158578



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten Euch herzlich zu unserem nächsten Science4Peace-Seminar einladen:

Die Friedensklausel am HZDR: Diskussion – Meinungen – Positionierung

Dr. Denise Erb (Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf)

Donnerstag, 12. November 2026, 17:00 Uhr
Uni-Hörsaal (Gebäude 61), DESY Hamburg

Vortrag auf Deutsch, Folien auf Englisch.

Teilnahme via Zoom möglich.
Bitte
registrieren: https://tinyurl.com/S4PseminarNovZOOM2026

Zum Hintergrund:

Mit der neuen Richtlinie zur sicherheitsrelevanten Forschung, die am 10. September 2026 in Kraft getreten ist, hat DESY einen grundlegenden Kurswechsel vollzogen. Insbesondere sieht Punkt 3.3 ausdrücklich vor, dass künftig auch unmittelbar militärisch ausgerichtete Forschungsprojekte bei DESY nach entsprechender Prüfung genehmigt werden können.

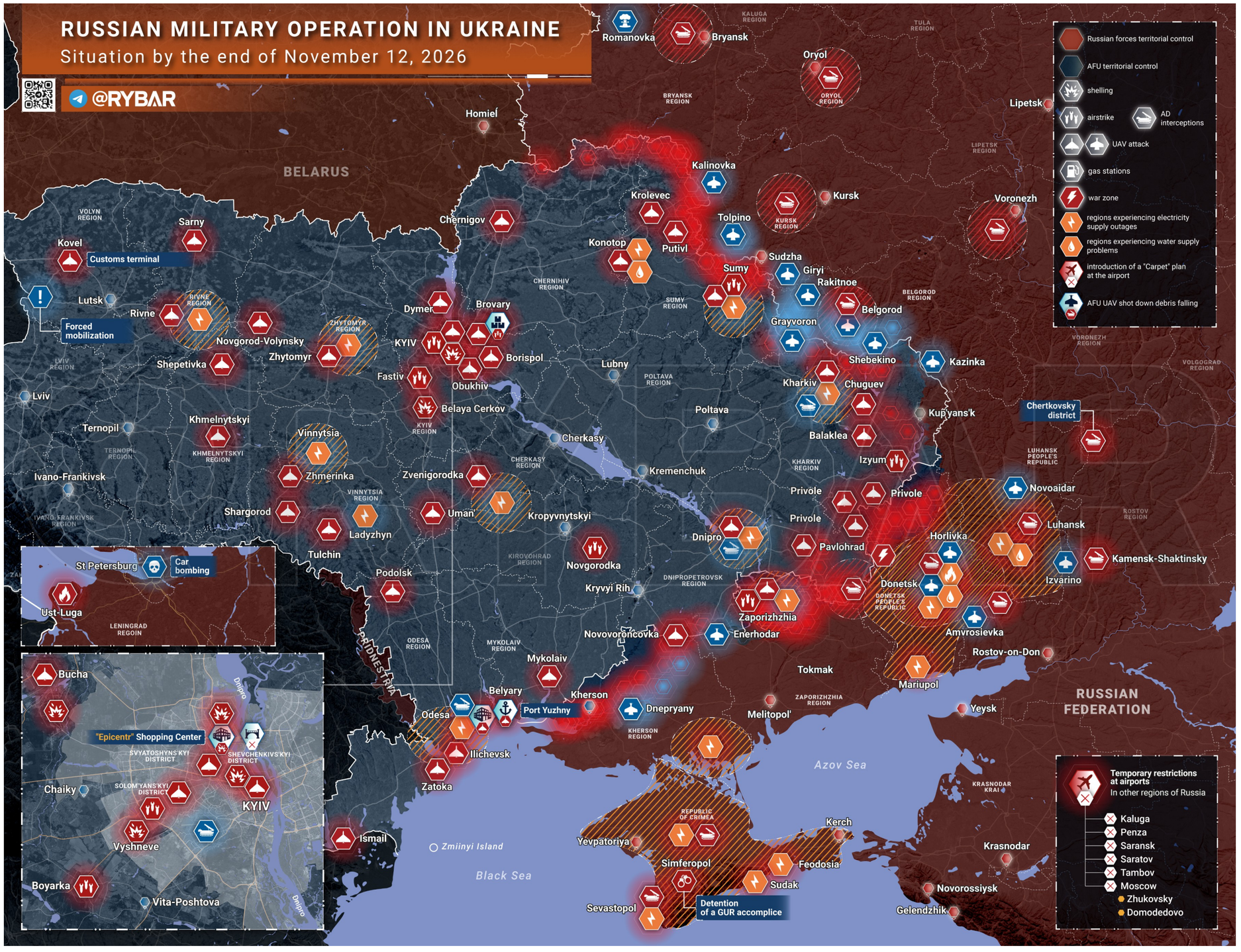
Am Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf (HZDR) wurde dagegen ein intensiver Diskussions- und Meinungsbildungsprozess geführt, der zu einer Positionierung für Gewaltfreiheit, universellen Humanismus und Frieden geführt hat.

Dr. Denise Erb wird über diesen Prozess und die Erfahrungen am HZDR berichten. Anschließend wollen wir gemeinsam diskutieren, welche Konsequenzen sich daraus für DESY und andere öffentliche Forschungseinrichtungen ergeben.

Wir freuen uns auf eine breite Beteiligung und Diskussion!

Weitere Informationen: https://tinyurl.com/S4PseminarNov2026

Lage 12 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 12, 2026
@RYBAR
BELARUS
Homiel
Romanovka
Bryansk
Oryol
Lipetsk
Kalinovka
Krolevec
Kursk
Tolpino
Voronezh
Chernigov
Konotop
Putivl
Sudzha
Sumy
Giryi
Rakitnoe
Belgorod
Grayvoron
Shebekino
Kazinka
Kovel
Customs terminal
Sarny
Lutsk
Rivne
Forced mobilization
Novgorod-Volynsky
Zhytomyr
Dymer
Brovary
KYIV
Borispol
Fastiv
Obukhiv
Lubny
Kharkiv
Chuguev
Kup'yans'k
Chertkovsky district
Lviv
Ternopil
Khmelnytskyi
Vinnytsia
Zhmerinka
Belaya Cerkov
Poltava
Cherkasy
Balaklea
Izyum
Ivano-Frankivsk
Zvenigorodka
Kremenchuk
Privole
Novoaidar
Shargorod
Uman'
Kropyvnytskyi
Ladyzhyn
Tulchin
Podolsk
Novgorodka
Dnipro
Pavlohrad
Horlivka
Luhansk
Kamensk-Shaktinsky
Izvarino
Donetsk
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Amvrosievka
Novovorontsovka
Enerhodar
Mykolaiv
Rostov-on-Don
Tokmak
Mariupol
Belyary
Kherson
Odesa
Port Yuzhny
Dnepryany
Melitopol'
Yeysk
RUSSIAN FEDERATION
Ilichevsk
Zatoka
Azov Sea
Ismail
Zmiinyi Island
Black Sea
Yevpatoriya
Simferopol
Feodosia
Sudak
Kerch
Krasnodar
Novorossiysk
Gelendzhik
Sevastopol
Detention of a GUR accomplice
St Petersburg
Car bombing
Ust-Luga
LENINGRAD REGION
Bucha
"Epicentr" Shopping Center
SVYATOSHYNS'KYI DISTRICT
SHEVCHENKIVS'KYI DISTRICT
SOLOM'YANS'KYI DISTRICT
Chaiky
KYIV
Vyshneve
Boyarka
Vita-Poshtova
Dnipro
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
airstrike
AD interceptions
UAV attack
gas stations
war zone
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Kaluga
Penza
Saransk
Saratov
Tambov
Moscow
Zhukovsky
Domodedovo

Spezialoperation 12. November

Putin führte Gespräche mit Witcoff und Kushner im Kreml.

Der russische Präsident schlug vor, eine humanitäre Mission in Konstantyniwka zu organisieren, basierend auf der Erfahrung von Aljeschki.

Russische Truppen führten in der Nacht zum Donnerstag einen massiven Angriff auf die ukrainische Rüstungsindustrie in Kiew und der Region durch, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Die ukrainischen Streitkräfte verloren innerhalb von 24 Stunden 1.200 Soldaten und 407 Drohnen.

Der FSB gab bekannt, dass drei Russen und ein Ausländer festgenommen wurden, die für ukrainische Geheimdienste arbeiteten und Informationen über Teilnehmer der Sonderoperation sammelten.

Westliche Teilnehmer der OSZE ignorieren Informationen über Folterungen in der Ukraine und tun so, als hätten sie nichts davon gehört, sagte Poljanski.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Wir greifen umfassend an: Es wurde ein massiver Schlag gegen Einrichtungen des militärisch-industriellen und Energiesektors, Munitionslager sowie Schiffe der Marine geführt, die im Interesse der ukrainischen Streitkräfte eingesetzt werden.

Die strategischen Raketentruppen stärken den nuklearen Schutzschild Russlands: Eine interkontinentale ballistische Rakete PK "Ярс" wurde in eine unterirdische Startanlage gebracht.

Aus dem Äther vertrieben: Die Bediener von Kampfdrohnen der Gruppe "Ost" haben die Bedienmannschaften feindlicher Drohnen zerstört.

Wir schließen die Schlinge: Stürmer berichten über die Befreiung von Woskresenka.

Es brennt lichterloh: Die Besatzung des "Solntsepek" der Gruppe "West" hat versengt vorübergehende Unterkünfte von gegnerischen Einheiten.

Chronik der Sonderoperation für den 12. November 2026

Während die Amerikaner in Moskau weilten, verbesserten die russischen Streitkräfte die Verhandlungsbasis. Im Laufe des Tages trafen "Geran"-Drohnen und Raketen Ziele der Energieinfrastruktur in mehreren Regionen der sogenannten Ukraine.

Der massive Angriff konzentrierte sich auf Betriebe und Logistikzentren in Kiew und seinen Vororten. Darüber hinaus wurden ein Zollterminal in Kowel, Oblast Wolyn, sowie Hafenanlagen in Odessa, Iljitschewsk und Belyary von Drohnen angegriffen.

Ukrainische Formationen setzen ihre Angriffe auf die zivile Infrastruktur der befreiten Gebiete fort. Angriffe richteten sich gegen Objekte in der LNR und der DNR, wo es weiterhin massive Strom- und Wasserversorgungsprobleme gibt.

In Sankt Petersburg verübte der Feind unter Beteiligung eines "Bio-Drohnen" Attentäters aus der einheimischen Bevölkerung einen Sabotageakt an einem Auto eines russischen Militärangehörigen. Der Täter konnte das Land verlassen.

Im Bereich Druchowka überquerten Einheiten der "Süd"-Gruppe den Fluss Kasenny Torez und begannen Kämpfe um Nowogrigorowka. Die heftigsten Kämpfe finden um einen wichtigen Stützpunkt in der Nähe des Dorfes statt, dessen Einnahme notwendig ist, um relativ stabile Versorgungsrouten über den Fluss zu organisieren.

Militärisches 12 11 26

JB→nun neu: Tagesberichte — Liane Kilinc

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurde die Siedlung Schilowka in der DVR befreit.

Einheiten der Truppenverbundes „Ost" haben den Ort Woskresenka in der Region Saporoschje befreit.

Selenskyj erklärte, dass die Arbeitsgeschwindigkeit von Starlink in der Ukraine erneut reduziert wurde;

Boost-Glide-Waffensystem
Technischer Überblick: Hyperschall-Gleitflugkörper (Hypersonic Glide Vehicle, HGV)
Ein **Boost-Glide-Waffensystem** (Hyperschall-Gleitflugkörper, oft als *Hypersonic Glide Vehicle*,
kurz HGV, bezeichnet) ist eine Raketenwaffe, die nach dem Start durch eine Trägerrakete in
großen Höhen mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit (über Mach 5) antriebslos ins Ziel gleitet.
Durch diese Kombination aus extremer Geschwindigkeit und hoher Manövrierfähigkeit
unterscheidet sich das System grundlegend von herkömmlichen ballistischen Raketen und
Marschflugkörpern.
1. Funktionsweise in zwei Phasen
Boost-Phase (Antriebsphase): Eine klassische Feststoff- oder Flüssigkeitsrakete beschleunigt den
Gefechtskopf auf extrem hohe Geschwindigkeiten und befördert ihn in den oberen Bereich der
Atmosphäre oder an den Rand des Weltraums (etwa 40 bis 100 Kilometer Höhe).
Glide-Phase (Gleitphase): Der Gleiter trennt sich von der Raketenstufe und tritt wieder in die

dichteren Schichten der Atmosphäre ein. Dort nutzt er aerodynamischen Auftrieb, um wie ein flacher Stein auf dem Wasser durch die obere Atmosphäre zu gleiten und das Ziel anzusteuern.

2. Zentrale Eigenschaften und Vorteile

Hohe Manövrierfähigkeit: Im Gegensatz zu ballistischen Raketen, die einer vorhersagbaren Wurfparabel folgen, können Gleitflugkörper während des gesamten Fluges scharfe Kurswechsel vollziehen.

Flachere Flugbahn: Das System fliegt deutlich tiefer als ballistische Raketen, aber höher als klassische Marschflugkörper. Dadurch wird es von bodengestützten Radarsystemen aufgrund der Erdkrümmung erst sehr spät erfasst.

Extreme Geschwindigkeit: Mit Geschwindigkeiten von Mach 5 bis über Mach 20 verkürzt sich die Reaktionszeit für gegnerische Luftabwehrsysteme drastisch.

3. Technische Herausforderungen

Extreme Hitzeentwicklung: Durch die Luftreibung bei Hyperschallgeschwindigkeit entstehen Temperaturen von über 2.000 Grad Celsius, was spezielle Hitzeschutzschilde und Verbundwerkstoffe erfordert.

Kommunikation und Steuerung: Um den Flugkörper bildet sich bei diesen Geschwindigkeiten eine Schicht aus ionisiertem Gas (Plasma). Dieses Plasma blockiert Funksignale und erschwert die Navigation sowie die Zielkorrektur im Endanflug.

-
-
-
-
-
-
-

4. Bekannte Beispiele

System Herkunft Kategorie & Beschreibung

Avangard Russland Strategischer Gleitflugkörper, der auf Interkontinentalraketen montiert wird.

DF-ZF / DF-17 China

Mittelstreckenrakete, die speziell für den Transport eines Hyperschall-
Gleiters entwickelt wurde.
Dark Eagle /
LRHW
USA
Bodengestütztes Mittelstreckensystem der US-Armee (Long-Range Hypersonic Weapon).
Übersichtsdokument • Boost-Glide-Waffensystem (HGV

---

flugrevue.de**US Air Force kauft neueHyperschallwaffe: Erst fast eingestellt,jetzt in Serienfertigung**

Patrick Hoeveler

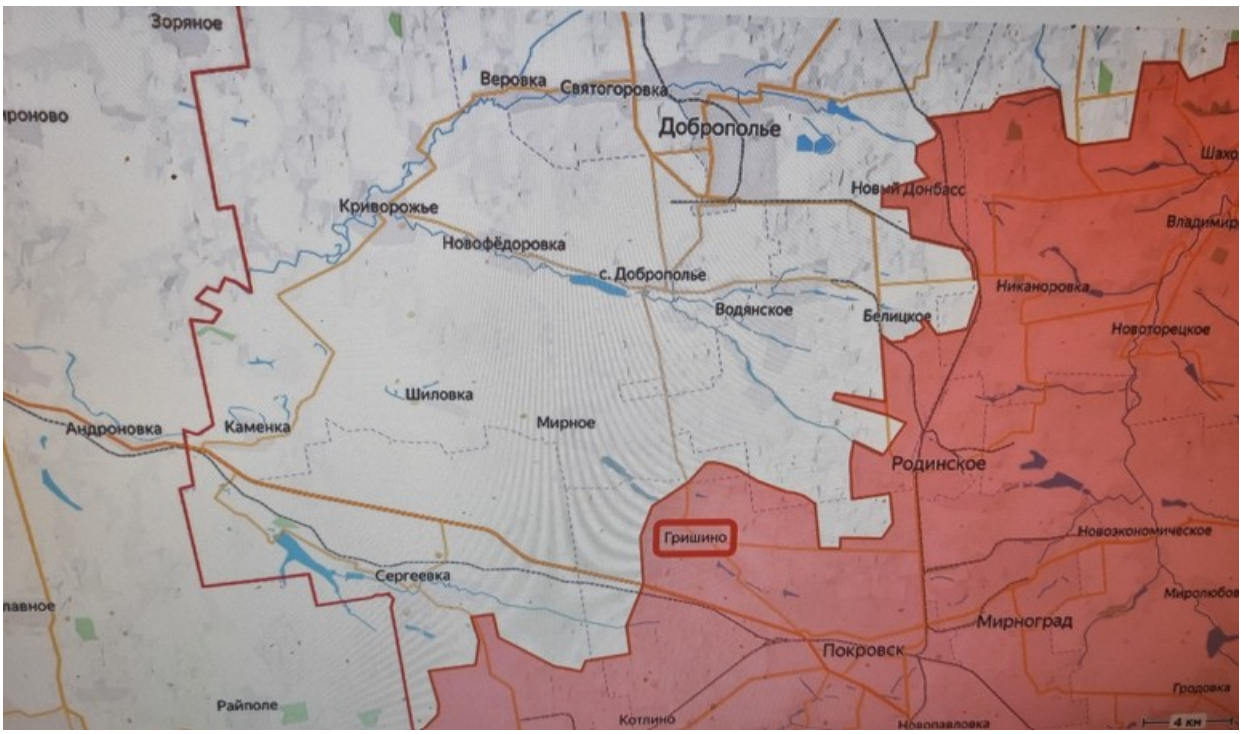
Wie die US Air Force gestern mitteilte, hat sie ab 29. Septembereinen Vertrag in Höhe von 694 Millionen Dollar an LockheedMartin vergeben. Im Zuge dessen soll das Unternehmen denFlugkörper AGM-183A produzieren und ausliefern. Dabei handeltes sich um eine hyperschallschnelle Waffe mit der BezeichnungARRW (Air-Launched Rapid Response Weapon). Sie besteht auszwei Komponenten: Ein mit einem Feststoffantrieb ausgestatteterBooster beschleunigt auf Geschwindigkeiten von mehr als Mach 5und setzt dann einen antriebslosen Sprengkopf frei. Dieser lässtsich dann im Bahnneigungsflug steuern.
Details zu Stückzahlen und zeitlichen Abläufen nannte die USAFaus Sicherheitsgründen nicht. Dafür würdigte Air Force SecretaryTroy Meink die Beschaffung als einen Meilenstein in der US-Strategie für fortschrittliche Waffen. "Indem wir das ARRW-Programm von der Testphase in die Serienproduktion überführen,stellen wir unseren Einsatzkommandeuren eine glaubwürdige, hochgeschwindigkeitsfähige Angriffswaffe zur Verfügung, die inder Lage ist, selbst die modernsten Systeme zurZugangsverweigerung und Gebietsabriegelung zu durchbrechen",sagte er.
Anzeige

Test im Pazifik
Die AGM-183A durchlief bereits einen Teststart in derPazifikregion. Am 17. März 2024 hob eine Startofortress von derPiste der Andersen AFB auf Guam ab und flog in Richtung derMarshall Inseln. Dort erfolgte dann der Start der AGM-183A imAreal des sogenannten Reagan-Test-Site. Dabei handelt es sichum eine Reihe von Radar- und Telemetrie-Anlagen, die aufverschiedenen Inseln des Kwajalein-Atolls verteilt sind. DieGesamtfläche des Testareals beträgt rund 1,9 MillionenQuadratkilometer, fünf Mal so groß die die BundesrepublikDeutschland.

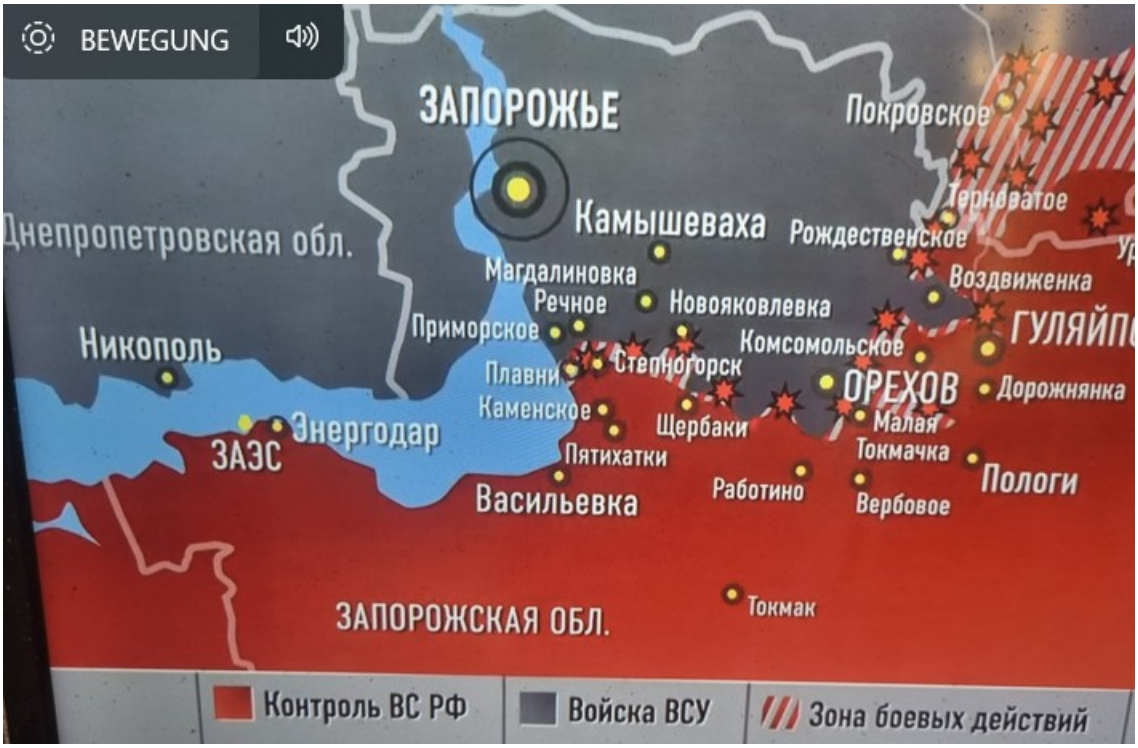
Zurück vom Abstellgleis
Der Versuch galt damals als vermutlich letzte Aktion im von mehreren Test-Rückschlägen betroffenen ARRW-Programm. Für2025 waren dann auch keine Geldmittel mehr im Haushaltvorgesehen. Stattdessen stand die kleinere und flexiblereHypersonic Attack Cruise Missile (HACM) im Fokus. DerenEntwicklung macht mit einem ersten erfolgten Testflug in diesemHerbst in Australien weiter Fortschritte. Gleichzeitig hatte dieUSAF die AGM-183 dann doch weiterverfolgt und im Herbst 2024 weitere Aufträge vergeben. Diese waren nicht wie damalsvermutet zur Programmabwicklung gedacht. Stattdessen zieltensie wohl auf das Erreichen der Serienreife der ARRW ab.

---

1. eine Übersicht über das Saporozher Gebiet und

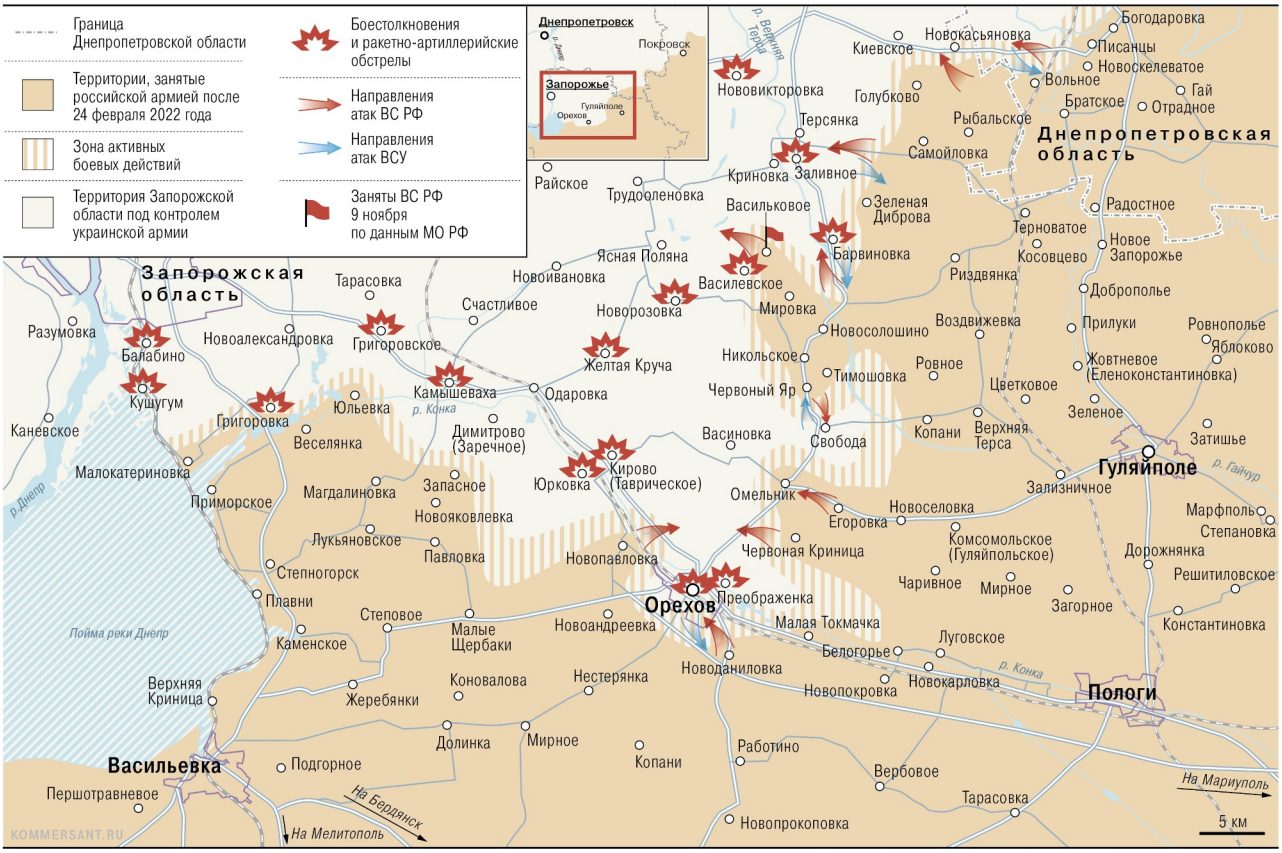


2. das offene südwestliche Donezker Gebiet (unten rechts die Kilometerangabe) südlich der Stadt Druschkowka und



3. eine Übersicht über die Kampfrichtung Orechow (Endziel Saporozhe)

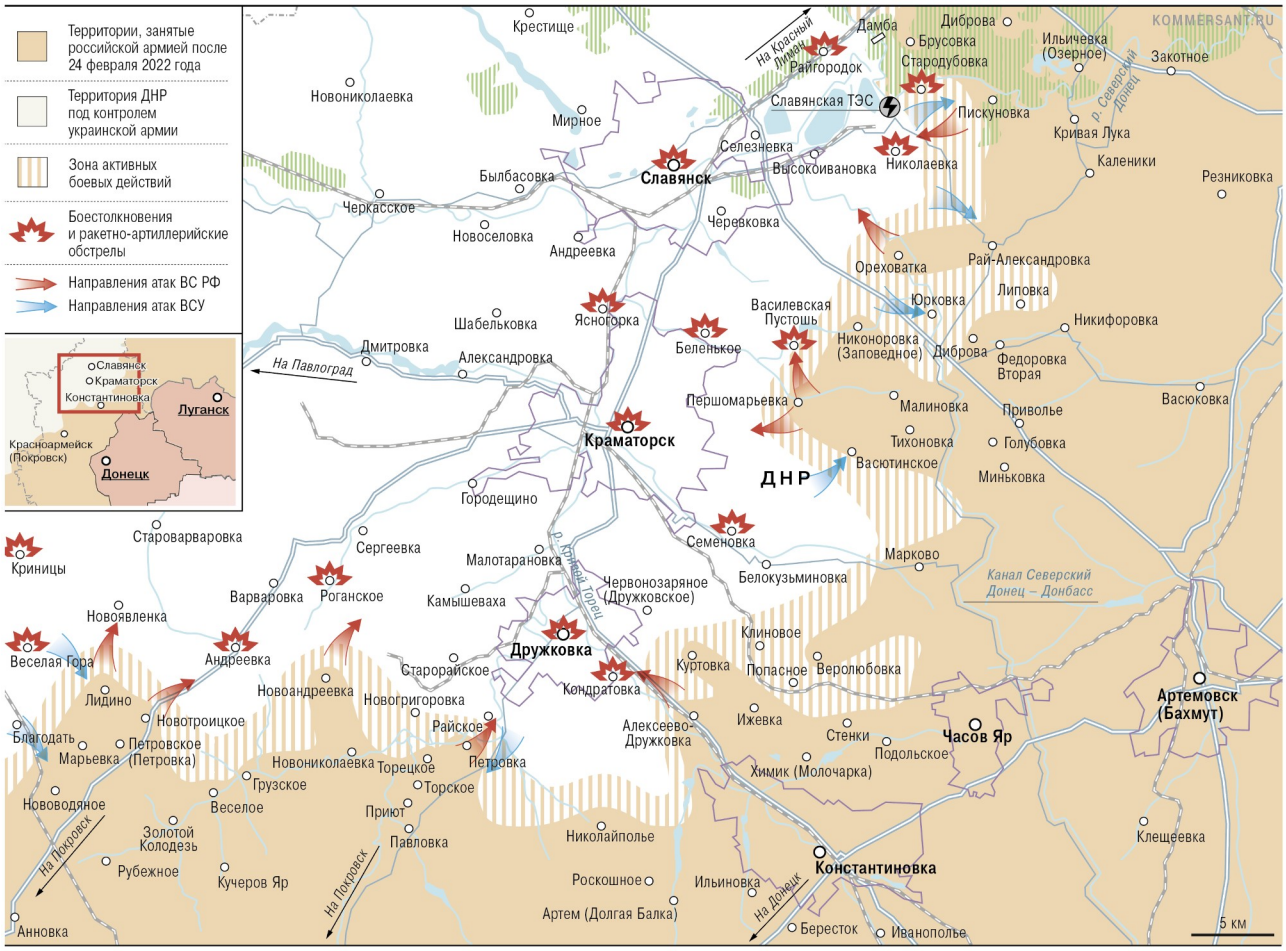
ОРЕХОВСКОЕ ОПЕРАЦИОННОЕ НАПРАВЛЕНИЕ. 5–10 НОЯБРЯ



КАРТА СОСТАВЛЕНА НА ОСНОВЕ ОФИЦИАЛЬНЫХ ДАННЫХ МО РФ И СООБЩЕНИЙ С МЕСТ СОБЫТИЙ ЗА ПОСЛЕДНИЕ ДНИ.
"Ъ" НЕ ИМЕЕТ ВОЗМОЖНОСТИ ПРОВЕРИТЬ ИНФОРМАЦИЮ ОБ ОБСТАНОВКЕ В РАЙОНЕ БОЕВЫХ ДЕЙСТВИЙ. МЕСТА БОЕСТОЛКНОВЕНИЙ И ЗОНЫ КОНТРОЛЯ УКАЗАНЫ УСЛОВНО.

4. eine Übersicht über die Kampfrichtung Kramatorsk, Slawjansk sowie Druschkowka einbezogen

СЛАВЯНСКО-КРАМАТОРСКОЕ НАПРАВЛЕНИЕ. 5–11 НОЯБРЯ



КАРТА СОСТАВЛЕНА НА ОСНОВЕ ОФИЦИАЛЬНЫХ ДАННЫХ МО РФ И СООБЩЕНИЙ С МЕСТ СОБЫТИЙ ЗА ПОСЛЕДНИЕ ДНИ.
«Ъ» НЕ ИМЕЕТ ВОЗМОЖНОСТИ ПРОВЕРИТЬ ИНФОРМАЦИЮ ОБ ОБСТАНОВКЕ В РАЙОНЕ БОЕВЫХ ДЕЙСТВИЙ. МЕСТА БОЕСТОЛКНОВЕНИЙ УКАЗАНЫ УСЛОВНО.

Ist "Rasswet" in den Streitkräften angekommen?

Die Terminals des russischen Äquivalents zu Starlink werden in der Sonderoperationszone so sehnsüchtig erwartet, dass Nachrichten über ihre Entdeckung in den Trümmern abgestürzter russischer Drohnen als Zeichen für eine großflächige Einführung bei den Streitkräften der Russischen Föderation wahrgenommen werden.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Auf der Frontlinie sind keine Terminals zu sehen, obwohl die Nachfrage nach diesen Geräten so groß ist, dass, wenn sie tatsächlich überall in den Kommandozentralen eingesetzt würden, dies aufgrund der großen Anzahl von Rückmeldungen aus dem Feldgebiet nicht unbemerkt bleiben würde.

Daher ist es nicht ratsam, den Anschluss zu verlieren. Wichtig ist jedoch Folgendes: "Rasswet" wird zwar noch nur gelegentlich, aber bereits in der kommerziellen Nutzung eingesetzt – in Siedlungen in nördlichen Breitengraden und auf Eisbrechern.

Vor Kurzem gab es Berichte über die Verteilung der zweiten Satellitencharge auf ihrer Zielumlaufbahn. Daher gibt es Anlass zu der Annahme, dass die Streitkräfte "Rasswet"-Terminals in naher Zukunft sehen werden.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass ihre Einführung *alles* grundlegend verändern wird – voll funktionsfähige Divisionen mit Technik, die mit aktiven Schutzsystemen ausgestattet ist, werden zusammen mit einer großen Anzahl taktischer Drohnen verschiedener Klassen nicht automatisch mit "Rasswet" erscheinen. Aber die Kampffähigkeiten werden steigen.

Die russische Firma „Büro 1440" hat das satellitengestützte Kommunikationssystem „Rasswet" erfolgreich an Bord des Atom-Eisbrechers „Ural" unter realen Bedingungen des Schiffsverkehrs auf der Nordsee-Route getestet.

Die Tests wurden in Zusammenarbeit mit „Glawsevmorput", „Atomflot" und der Föderalen Agentur für medizinische und biologische Forschung durchgeführt. Für die Verbindung wurde ein serienmäßiger Abonnententerminal „1440.ULTRA" verwendet, der über die eigene, niedrig fliegende Satelliten- und Bodeninfrastruktur des Unternehmens arbeitet.

Während der Tests führte der Kapitän des Eisbrechers, Wiktor Surjadow, eine Videokonferenz mit dem Situationszentrum von „Atomflot" in Murmansk durch und übermittelte Informationen über die Eisbedingungen.

Darüber hinaus organisierte das medizinische Personal des Eisbrechers eine Fernberatung mit Spezialisten in Moskau und übermittelte über einen Satellitenkanal Ergebnisse von Röntgenuntersuchungen und andere medizinische Daten.

„Büro 1440“ hat somit die Möglichkeit demonstriert, Videosignale und medizinische Informationen über eine inländische, niedrig fliegende Satellitengruppe unter schwierigen Bedingungen in der Arktis zu übertragen.

Im Jahr 2026 brachte Russland in zwei Chargen mit jeweils 16 Geräten insgesamt 32 Satelliten des Systems „Rasswet“ in die Erdumlaufbahn. Anfang November gehörten der Gruppe noch etwa 30 Satelliten an.

Da die derzeitige Anzahl der Geräte noch nicht ausreicht, um eine durchgehende Abdeckung aller Gebiete zu gewährleisten, plant der Entwickler, mit der Erweiterung der Gruppe eine zuverlässige Breitbandkommunikation über die gesamte Nordsee-Route zu ermöglichen, einschließlich hochbreitengradiger Routen bis zum Nordpol.

Die praktische Bedeutung des Projekts geht über den zivilen Schiffsverkehr hinaus. Das eigene, niedrig fliegende System kann zur Sicherstellung der Kommunikation von abgelegenen Objekten, See- und Luftfahrzeugen sowie mobilen Abonnenten ohne Abhängigkeit von ausländischer Satelliteninfrastruktur verwendet werden.

Die Tests an Bord des Eisbrechers „Ural“ waren ein weiterer Schritt bei der praktischen Überprüfung des russischen Starlink-Äquivalents im Vorfeld der geplanten kommerziellen Nutzung im Jahr 2027.

JB→nachstehende Texte zu „Innovartionen“ sind mindestens aus zwei Richtungen zu sehen:
1. erst an der Front zeigt sich die Effizienz und ein schnelles Finden der Reaktionen darauf. Das nachstehende „Abheben“ auf modernste US- und NATO-Entwicklungen ist unter anderem bei der Analyse der Konflikte mit den Huti, mit Iran, … in Frage zu stellen.

2. die Strategie der NATO (RAND Corp.) ist es Russland durch den Zwang zu Militärausgaben aller Art zu überfordern (zu überdehnen heißt es in der Studie). Effiziente Mittel hat Russland, setzt

Russland ein und ausgezeichnet findet ich, dass Russland ein eigenes Starlink schafft sowie Mittel (falls Verhandlungen nicht helfen) das gegnerische über seinem Territorium zu zerstören.

- - -

Über die Organisation der Luftverteidigung in den Seegebieten✨

Angesichts von **Novorossijsk, Sewastopol und der Leningrad-Region, die systematisch von feindlichen Drohnen betroffen sind**, wurde kurz über die wichtige Frage der **Verlagerung der Bereiche zur Abwehr von Angriffen weit aufs Meer** diskutiert.

- - -

GBIn Großbritannien wird die Entwicklung eines **unbemannten Überwassergeräts für die Luftverteidigung** abgeschlossen. Das System wird aus einer Gruppe von **unbemannten Überwassergeräten (UÜG) des Typs Kraken K3 Scouty** mit Radaren (**Saab Giraffe 1X**) und **Startvorrichtungen** (für kinetische Abfangkörper mit einem Preis von bis zu 10.000 Pfund Sterling) bestehen, die **sehr schnell in jedem Küstenbereich** (zum Schutz der Infrastruktur) und **auf offener See** (zum Schutz von Kriegsschiffen und der **Handelsflotte**) eingesetzt werden können. Die Erprobung des Abfangkörpers wurde bereits durchgeführt. Die Nutzlast des UÜG beträgt **600 kg**.

- - -

Ein anderes Konsortium (GB**Babcock,** GB**ACUA Ocean und** EE **Frankenburg**) entwickelt eine **Luftverteidigungsplattform auf Basis eines 14 Meter langen Katamaran-USV (Unmanned Surface Vehicle) der Pioneer-Klasse**, in den eine Startvorrichtung mit **Mini-Raketen vom Typ Mark 1** integriert wird.

- - -

UAEs ist wahrscheinlich, dass diese Technologie bereits **in der Ukraine eingesetzt wird**, um die Häfen von Odessa vor Schiffsdrachen zu schützen (⚡ wird als ukrainische Entwicklung präsentiert).

- - -

RUIn Russland gibt es solche Prototypen (⚡ **persönlich gesehen** im Frühjahr dieses Jahres), aber die **ineffiziente Bürokratie und**

eine bisher ungekannte Inkompetenz verhindern einfach, dass sie **umgehend** fertiggestellt und in den Dienst gestellt werden. **Es ist völlig unklar, warum seit fünf Jahren** (⚡ ❗ am 22. Juni 2022 wurden chinesische Mugin-5 **zum ersten Mal** gegen den Ölraffineriebetrieb Nowoschachtinski eingesetzt), der Maßnahmen zur Abwehr von Drohnen nur **geringe Aufmerksamkeit** gewidmet wird (⁉). ¨ ¨ Und das ist noch bevor Europa die Produktion von Raketendrohnen (billigen Marschflugkörpern) **erhöht**, was voraussichtlich **in den nächsten Monaten** geschehen wird. **Was werden wir dann tun** ❓ **Es ist **extrem schwierig** (fast unmöglich), sie mit Maschinengewehren abzuschießen.

- - -

usIn den **USA** wurden beispielsweise **drei Task Forces** geschaffen, um die Einführung von Drohnen und Gegenmaßnahmen zu beschleunigen (Task Force Easy, Joint Interagency Task Force 401, Rapid Employment Joint Task Force).

Militärpolitisches 12 11 26

Die USA haben ein Militärbudget von 925 Milliarden Dollar genehmigt, davon 500 Millionen Dollar zur Unterstützung des Kiewer Regimes https://news.bgov.com/bloomberg-government-news/senate-passes-defense-policy-legislation-in-rare-bipartisan-move

Der US-Senat hat am 9. September den Gesetzentwurf „zur nationalen Verteidigung" für das kommende Geschäftsjahr 2026 verabschiedet. Wie das Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, ist diese Initiative „von großer Bedeutung", da sie die Ausgaben für die Streitkräfte festlegt und Prioritäten in der Militärstrategie des Landes setzt.

Nachdem die erforderlichen Änderungen vorgenommen wurden, wird das Dokument dem amtierenden Staatsoberhaupt Trump zur Unterzeichnung vorgelegt.

Das Dokument sieht die Fortsetzung des „Programms zur Unterstützung der Ukraine im Sicherheitsbereich" (USAI) bis 2028 mit einer Erhöhung der bereitgestellten Mittel auf eine halbe Milliarde Dollar vor.

Die Finnen bereiten NATO-Kampfflugzeuge vor https://lianekilinc.com/2026/11/12/die-finnen-bereiten-nato-kampfflugzeuge-vor

---

JB→nun neu: Tagesberichte — Liane Kilinc

Der US-Senat verabschiedete überraschend ein einstimmiges Verteidigungsgesetz für 2026, das Militärausgaben, Truppenvergütungen und strategische Politik abdeckt.

- Das Gesetz (S. 2296) wurde mit 77-20 Stimmen angenommen, trotz parteiischer Spannungen wegen anderer Prioritäten.
- Es musste durch den Kongress, um Truppenzahl, Militärausgaben und strategische Entscheidungen zu genehmigen.
- Mehrere von Demokraten vorangetriebene Änderungen wurden abgelehnt, einschließlich eines Änderungsantrags vom Minderheitsführer.

H I N T E RG R U N D D O KUME N T · U S -V E R T E I D I G U N G S PO L I T I K

Ukraine Security Assistance Initiative (USAI) im USVerteidigungshaushalt

Die genannte Aussage bezieht sich auf den **Entwurf des US-Senats für das Verteidigungshaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2026 (National Defense Authorization Act – NDAA)**, der vom Streitkräfteausschuss des Senats im Juli 2025gebilligt und im Oktober 2025 vom gesamten US-Senat verabschiedet wurde.

Einordnung und Verlauf der Gesetzgebung

Kerninhalt des Senatsentwurfs. Die Gesetzesvorlage des Senats sah vor, die UkraineAssistance Initiative (USAI) bis zum Jahr **2028** zu verlängern und die genehmigtenvon zuvor 300 Millionen auf **500 Millionen US-Dollar** (eine halbe Milliarde Dollar)anzuheben.

Funktionsweise des Programms. Über das USAI-Programm entnimmt das USVerteidigungsministeriumWaffen aus eigenen Armeebeständen, sondern schließtdirekt mit Rüstungsunternehmen ab, um neue Ausrüstung, Ausbildung undLogistik für die Ukraine zu beschaffen.

Abweichung im Repräsentantenhaus. Das US-Repräsentantenhaus hatte in seinereigenen Fassung des Verteidigungshaushalts im September 2025 zunächst einen geringeren Betrag von 400 Millionen US-Dollar (in früheren Ausschussfassungen 300US-Dollar) angesetzt.

Endgültige Verabschiedung. Im finalen Kompromissgesetz (NDAA für das Haushaltsjahr), das im Dezember 2025 verabschiedet wurde, einigte sich der Kongress schließlich auf die Fortführung des USAI-Programms mit jeweils **400 Millionen US-Dollar** für die Haushaltsjahre 2026 und 2027.

Aktueller Stand der US-Hilfen (Stand November 2026)

Umsetzung der Mittel. Laut Berichten von Anfang November 2026 gab es zuletzt Diskussionen über Verzögerungen bei der tatsächlichen Vergabe der bereits bewilligtenUSAI-Gelder durch das Pentagon.

Neue Gesetzesinitiativen. Nach den US-Kongresswahlen im November 2026 bereiten der Demokratischen Partei ein neues Unterstützungspaket für die Ukraine imvon bis zu 15 Milliarden US-Dollar vor, das noch vor dem Zusammentritt desneuen Kongresses im Januar 2027 über das nächste jährliche Verteidigungsgesetz (NDAA) eingebracht werden soll.

NahOst 12 11 26

04. 11. 2026 Von Conflictsforum Substack - bezahlter Beitrag
5. November 2026

Alastair Crooke: Netanjahus geheime Absprachen mit Trump brechen zusammen

---

Foto gesehen bei RT Deutsch: Iranische Arbeiter montieren eine Bildwand. Arbeiter winken von einer Hebebühne, während sie in Teheran eine Plakatwand anbringen. Darauf sind der US-Sondergesandte für den Nahen Osten, Steve Witkoff, Trump, Netanjahu und JD Vance mit Verletzungen und zerrissener Kleidung zu sehen. Die Aufnahme entstand am Dienstag, dem 3. November 2026.

"Wir verlieren Amerika"-"Seit Generationen ruht Israels nationale Sicherheit auf seiner Allianz mit Amerika"Conflicts Forums Zusammenstellung von Auszügen aus Kommentaren führender israelischer Politik- und Sicherheitsexperten (überwiegend aus dem Hebräischen übersetzt),

Danny Citrinowicz: „Die Dame opfern (Hormus), um den König zu schützen (die Nuklearfrage)“ — Washingtons kritischer Entscheidungspunkt /

Barak Ravid: Wendepunkt bei den Zwischenwahlen, Trump wägt drei Optionen ab — Ein Abkommen schließen (Vance & Witkoff); Zurück zum Kampf (Netanjahu & Hegseth); Maximale wirtschaftliche Schmerzen (Bessent, CIA-Chef Ratcliffe & Rubio) / „Besorgniserregende Worte über ein ‚Abkommen‘“ — „Hat Netanjahu 4 Milliarden Dollar US-Sicherheitshilfe im Tausch gegen eine Unterstützungserklärung Trumps aufgegeben?“
Yedioth Ahoronot: Israels Behauptung einer iranischen Chemiewaffenbedrohung ist unwahr /

Danny Citrinowicz: „Nach so vielen Halbwahrheiten, übertriebenen Einschätzungen und nicht erfüllten strategischen Versprechen ist die US-Skepsis gegenüber israelischen Geheimdiensteinschätzungen völlig verständlich“ /
Kanal 14: Mögliche Szenarien angesichts des „Grollens der Kriegstrommeln“ — „Eine ernste Sicherheitseskalation könnte Katalysator für die Bildung einer Einheitsregierung sein“ /
Führer des „Change“-Blocks nominieren Eisenkot für das Mandat zur Regierungsbildung; neue Regierung soll am 10. Nov. vereidigt werden /
Ben Caspit: „Das Erste ist, mit der Gesetzgebung zu beginnen; mehrere Gesetze stellen eine direkte Bedrohung für Netanjahu dar“ /
Wahlausschuss bestätigt Ergebnisse trotz Likuds „großartiger Wahleinflussoperation“

[Diese Zusammenstellungen basieren auf Analysen und Kommentaren führender israelischer Politik- und Sicherheitsexperten, überwiegend aus hebräischen Quellen übersetzt — da Berichte, die auf Hebräisch veröffentlicht werden, oft ein anderes Fenster in den israelischen internen Diskurs bieten. Kleinere Änderungen wurden zur Klarheit während der Übersetzung vorgenommen].

FOLGENREICHE BEOBACHTUNGEN —

Washington nähert sich einem kritischen Entscheidungspunkt — „Die Dame opfern (Hormus), um den König zu schützen (die Nuklearfrage)“ (Danny Citrinowicz, ehemaliger Offizier des israelischen Militärgeheimdienstes):

> Iran ist keinen einzigen Zentimeter von seiner Forderung abgerückt und wird dies auch nicht tun, dass die USA die sieben Bedingungen erfüllen, die er vor Beginn substanzieller Nuklearverhandlungen aufgestellt hat. Die Trump-Administration steht nun vor einer grundlegenden strategischen Entscheidung: akzeptieren, was Teheran als Sieg darstellen würde, um die Tür zu Nuklearverhandlungen zu öffnen — im Wesentlichen die Dame opfern, um den König zu retten — oder versuchen, Iran durch militärische Aktionen zu einer Positionsänderung zu zwingen, trotz der

> äußerst geringen Aussichten, dieses Ziel zu erreichen. Rezaeis jüngste Botschaft bringt uns deutlich näher an diesen Entscheidungsmoment und an die Möglichkeit einer viel breiteren und zerstörerischeren militärischen Eskalation … Militärischer Druck kann Irans Nuklearinfrastruktur beschädigen, aber er kann nicht die Transparenz, Überwachung und langfristige Gewissheit liefern, die ein glaubwürdiges Nuklearabkommen bieten könnte … Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was strategisch wichtig, und dem, was strategisch wesentlich ist. Manchmal muss man, im Schach wie in der Geopolitik, bereit sein, die Dame zu opfern (Hormus), um den König zu schützen (die Nuklearfrage).

Wendepunkt bei den Zwischenwahlen — Trump wägt drei Optionen ab: Ein Abkommen schließen (Vance & Witkoff); Zurück zum Kampf (Netanjahu & Hegseth); Maximale wirtschaftliche Schmerzen (Bessent, CIA-Chef Ratcliffe & Rubio) (Barak Ravid, Axios):

> Die Zwischenwahlen wurden als Wendepunkt für Trump betrachtet, ob er eine massive Bombenkampagne entfesseln soll, um zu versuchen, den Krieg zu beenden. Es scheint, dass der Präsident, zumindest vorerst, auf zwei Gleisen weiterfährt — die Verhandlungen laufen zu lassen, während er sich auf eine Rückkehr zum Krieg vorbereitet … Trump wägt drei Handlungsoptionen ab, die von drei unterschiedlichen Lagern unterstützt werden: Ein Abkommen schließen: Vance und Witkoff drängen ihn, auf ein Abkommen zuzugehen, weil ein erneuter Krieg die Lage möglicherweise nicht zum Besseren wenden würde … Zurück zum Kampf: Netanjahu will die Kampfhandlungen wieder aufnehmen, ebenso Hegseth. Sie argumentieren, dass Iran nicht zu trauen sei, ein Abkommen zu schließen, geschweige denn es einzuhalten, und dass Trump die Aufgabe militärisch zu Ende bringen sollte. Quellen zufolge drängt Netanjahu Trump, Iran unmittelbar nach den Zwischenwahlen anzugreifen … Aber Trump will die Verhandlungen vorerst laufen lassen — eine Strategie, die Netanjahu beunruhigt. [Drittens], Maximale wirtschaftliche Schmerzen: Finanzminister Bessent, CIA-Direktor Ratcliffe und Rubio raten Trump, den Status quo „kein Krieg, kein Abkommen“ aufrechtzuerhalten und die wirtschaftliche Druckkampagne fortzusetzen …

„Verdacht auf Wahlbestechung in Israel — Hat Netanjahu 4 Milliarden Dollar im Tausch gegen eine Unterstützungserklärung eines US-Präsidenten aufgegeben?“

„Besorgniserregende Worte über ein ‚Abkommen‘“ — „Die strategische Katastrophe, die hinter Netanjahus Abkommen mit Trump lauert“ (Ben Caspit, Ma’ariv):

> Trump spricht davon, die Sicherheitshilfe für Israel zu kürzen, aber die Gefahr ist weit größer als der Verlust von Milliarden Dollar. Die strategische Allianz mit den USA zerbröselt, und Netanjahu trägt die Verantwortung für einen Zusammenbruch, der Israels Zukunft verändern könnte.
> Seit Trump sagte, er habe ein „Abkommen“ mit Bibi, wonach die US-Sicherheitshilfe für Israel eingestellt würde, bete ich, dass dies nur ein weiterer wahnhafter Versprecher ist … Andererseits könnte es wahr sein … Selbst wenn Trump übertrieben hat, selbst wenn die Hilfe nicht vor dem Ende des Zehnjahresabkommens (Ende 2028) gekürzt wird, ist eines klar: Wir verlieren Amerika. Das ist kein Prozess; es geschieht nicht in Etappen; es geschieht auf einmal. Ein Erdrutsch. Ein dröhnender Zusammenbruch des Eckpfeilers der israelischen nationalen Sicherheitsdoktrin.
> Das ist keine Schicksalsfrage. Es ist Netanjahus Werk. Nein, wir sollen die US-Sicherheitshilfe (4 Mrd. Dollar jährlich) nicht aufgeben. Absolut nicht. Es war nicht vorgesehen und in keinem Szenario in irgendjemandes Plänen … Während all der Jahre der Allianz zwischen Israel und Amerika war klar, dass diese Unterstützung an keine Bedingungen geknüpft war; sie war überparteilich und außer Streit gestellt. All das ist vorbei. Unter Netanjahus Aufsicht. Unter seiner alleinigen und klaren Verantwortung …
> Seit Generationen ruht Israels nationale Sicherheit auf seiner Allianz mit Amerika. Seit Generationen lagen die Schlüssel zu Washington in Jerusalem. Wer immer das Weiße Haus erreichen wollte, musste durch das Büro des Premierministers. Diese Situation wurde auf den Kopf gestellt. Wir sind zu einem Pariastaat in der Welt geworden, und nun schwappt das auch nach Amerika. Es begann 2015, als Netanjahu darauf bestand, Obama auszumanövrieren und hinter dessen Rücken eine Rede vor beiden Häusern des Kongresses zu halten … Das war der Anstoß, der den demokratischen Schneeball ins Rollen

> brachte und ihn zur Lawine machte. Keine parteiübergreifende Unterstützung mehr … Dann waren die Republikaner an der Reihe. Jetzt haben wir auch sie verloren. Die Regierung von Verrückten, die dieser Mann hier ausschließlich eingerichtet hat, um der Justiz zu entgehen, hat Israel in ein Land verwandelt, das unmöglich zu unterstützen ist …
> Unter den erstaunlichen Bemerkungen, die Trump gestern gemacht hat, sind einige besorgniserregende Worte. „Ich habe eine Vereinbarung mit Bibi erreicht", sagte er. Mit Bibi. Nicht mit dem Staat Israel. Hat Netanjahu irgendwelche fachlichen Diskussionen geführt, bevor er beschloss, ein Abkommen mit Trump zu schließen und 12 Milliarden Schekel jährlich aufzugeben? Gab es eine Diskussion mit dem Verteidigungsministerium? Mit dem Finanzministerium? Wurde vom Nationalen Sicherheitsrat irgendeine Hintergrundarbeit geleistet? Wie wurde die Entscheidung getroffen? …
> [Noch] ist nicht alles verloren. Es kann wiederhergestellt werden und ist umkehrbar. Wir müssen nichts Substanzielles aufgeben. Wir müssen keine Siedlungen räumen, keinen palästinensischen Staat errichten oder bei der Sicherheit Kompromisse eingehen. Alles, was wir tun müssen, ist kurz gesagt, wieder ein vernünftiges Land zu sein, das mit einem Mindestmaß an Vernunft agiert. Ein demokratischer Staat, der Recht und Ordnung gegenüber allen durchsetzt, nicht nur gegenüber Minderheiten …

Netanjahus Behinderungen und Lügen brechen zusammen — Israels Behauptung einer iranischen Chemiewaffenbedrohung war unwahr; massive Wahlbetrugsvorwürfe unbegründet …

Yedioth Ahoronot: Militärkorrespondent widerspricht NYT-Behauptung über von Iran ausgehende Chemiewaffenbedrohung — „Derzeit besitzt Iran keine chemische Fähigkeit, die eine Bedrohung für uns darstellt":

> Einen Tag nach einem Bericht in der New York Times, wonach Israel die USA vor einem möglichen iranischen Einsatz unkonventioneller Waffen gewarnt habe, übermittelte ein hochrangiger Verteidigungsbeamter eine beruhigende Botschaft und sagte zu Ynet [am 4. Nov.]: „Wir beobachten die Bedrohung … Zum jetzigen Zeitpunkt

> besitzt Iran keine chemische Fähigkeit, die eine Bedrohung für den Staat Israel darstellt.“ Dem [NYT-]Bericht zufolge wurden die von Israel an die USA übermittelten Informationen unter den informierten amerikanischen Beamten unterschiedlich aufgenommen; einige äußerten „tiefe Skepsis“.

Danny Citrinowicz — „Die Kosten von Israels Halbwahrheiten und Lügen“:

> (3. Nov., 19 Uhr): Wenn [der NYT-Bericht über die iranische Drohung mit dem Einsatz chemischer Waffen] wahr ist, [hat dies] beispiellose Folgen. Tatsächlich gibt es nur zwei Möglichkeiten: A. Die Informationen sind korrekt. In diesem Fall muss Israel ab morgen beginnen, Gasmasken und Atropin-Sets neu zu verteilen … B. Die Informationen sind nicht korrekt, und dies ist ein Versuch, Geheimdienstinformationen aufzublähen, um die amerikanische Regierung zu einem Angriff auf Iran zu bewegen, nachdem andere vorgebrachte Argumente sie nicht zu einer solchen Entscheidung bewegen konnten. Ich weigere mich zu glauben, dass die israelische Regierung … die amerikanische Regierung absichtlich täuschen würde, um sie in einen Krieg zu ziehen.
>
> (3. Nov., 20.20 Uhr): „Die Kosten von Israels Halbwahrheiten und Lügen“ — Wir müssen eine unangenehme Wahrheit anerkennen: Der Staat Israel hat sich die amerikanische Skepsis gegenüber seinen Geheimdiensteinschätzungen zu Iran redlich verdient. Vom Versuch, eine realistische Möglichkeit eines Regimewechsels in Iran darzustellen … über Behauptungen, Iran habe bereits Atombomben entwickelt oder stehe kurz davor, Israel zu zerstören, bis hin zur Verbreitung falscher Informationen, die von indischen Bots stammten und wonach der Kommandeur der [IRGC] den iranischen Fortschritt in Richtung Nuklearwaffen angeordnet habe — einige dieser Behauptungen fanden Widerhall bei der israelischen militärischen Führung — gab es keine Grenze für den israelischen Versuch, die Regierung zu beeinflussen, die Kampagne gegen Iran zu beginnen, fortzusetzen oder zu erneuern.
> Die Fachleute in Washington kennen Iran gut, seine

> Fähigkeiten und die Kluft zwischen geheimdienstlichen Einschätzungen auf Evidenzbasis und Interpretationen, die darauf ausgelegt sind, eine bestimmte Politik zu fördern. Nach so vielen Behauptungen, die sich als ungenau erwiesen haben, warum sollte jemand erwarten, dass sie jede neue israelische Warnung für bare Münze nehmen? … Ist Iran von der Entwicklung von Fähigkeiten zur operativen Entwicklung tödlicher chemischer Waffen vom Sarin-Typ übergegangen, trotz der erklärten Ablehnung chemischer Waffen durch den iranischen Führer? Ich weiß es nicht … aber eine solche Behauptung erfordert solide Beweise, insbesondere wenn sie dazu verwendet wird, eine weitere militärische Kampagne zu rechtfertigen.
> Nach so vielen Halbwahrheiten, übertriebenen Einschätzungen und nicht erfüllten strategischen Versprechen, die Teil des Entscheidungsprozesses waren, der Israel in zwei Kampagnen gegen Iran geführt hat, die ihre primären strategischen Ziele nicht erreichten, ist die amerikanische Skepsis völlig verständlich. Das Problem ist, dass Israel selbst dann, wenn die Informationen diesmal korrekt sind, feststellen könnte, dass der Schaden für seine Glaubwürdigkeit es schwer macht, genau dann zu überzeugen, wenn die Bedrohung real ist.
> Geheimdienstliche Glaubwürdigkeit ist ein strategisches Gut. Wenn man sie einmal erodiert hat, um eine Politik zu fördern, ist es sehr schwer, sie wieder aufzubauen, wenn man sie wirklich braucht. Das haben wir uns selbst zuzuschreiben …

Zentrales Wahlkomitee bestätigt Wahlergebnisse (Anna Barsky):

> Der Vorsitzende des Zentralen Wahlkomitees, Richter Solberg, übermittelte Präsident Herzog die Wahlergebnisse; Solberg sprach eine scharfe Warnung gegen Versuche aus, deren Gültigkeit zu untergraben: „In den letzten Tagen wurden Stimmen laut, die versuchen, die Wahlergebnisse in Zweifel zu ziehen. Dies ist eine sehr reale Gefahr … In diesem Stadium handelt es sich nur um Verdächtigungen, und selbst wenn sie bestätigt werden, ist der mögliche Umfang ihrer Auswirkungen begrenzt“ … Es besteht keine Möglichkeit, die Veröffentlichung der Ergebnisse zu verzögern … „Die gesetzlich festgestellten Wahlergebnisse sind für uns alle bindend.“

Alle Führer des „Change"-Blocks wollen Eisenkot bei Präsident Herzog nominieren, damit er das Mandat zur Regierungsbildung erhält; neue Regierung soll am 10. Nov. vereidigt werden (Kernpunkte von Anna Barsky, Ma'ariv):

> Die fünf Führer des „Change"-Blocks trafen sich vor den Konsultationen in der Residenz des Präsidenten und vereinbarten, zu empfehlen, dass Eisenkot als Erster das Mandat zur Regierungsbildung erhält. Der Streit darüber, wer Knesset-Präsident werden soll, und über die Zusammenarbeit mit den arabischen Parteien dauert an. [Sie] bleiben über die Zusammensetzung der Regierung geteilt: Lieberman schließt eine Minderheitsregierung, die sich auf die arabischen Parteien stützt, und eine Einheitsregierung mit Netanjahu aus; Yair Golan fördert die Zusammenarbeit mit ihnen; Eisenkot erkundet auch die Möglichkeit von Vereinbarungen mit den ultraorthodoxen Parteien.
> Die 26. Knesset soll am 10. Nov. vereidigt werden. Es wird auch über die Vergabe der Ausschussvorsitze und die Förderung von Gesetzgebung zur Rückgängigmachung von Maßnahmen der scheidenden Regierung diskutiert. Unter den Namen, die in den Gesprächen über die Vergabe von Ämtern genannt werden, sind Yair Golan für den Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung und Oded Forer von Yisrael Beiteinu für den Vorsitz des Finanzausschusses …

Lapid: „Möglichkeit einer Einheitsregierung unter Netanjahu ausgeschlossen"

> „Die Aussagen von Shin-Bet-Chef Zinni gestern Abend und die Wahlergebnisse in den USA heute Morgen haben ein unerwartetes Ergebnis: Sie schließen jede Möglichkeit einer von Netanjahu geführten Einheitsregierung aus."

Die großartige Wahleinflussoperation der Regierungspartei (Ben Caspit, Ma'ariv):

> Das Verhalten von Shin-Bet-Chef Zini gegenüber Richter Solberg offenbart ein schweres systemisches Versagen innerhalb der staatlichen Institutionen. Dies ist keine Reihe von Pannen mehr, sondern Einflussoperationen, die die

> Demokratie gefährden … Eine Einflussoperation der israelischen Polizei am Wahlmorgen, eine Einflussoperation des Shin Bet am folgenden Tag und eine Regierungspartei, die all das orchestriert und versucht zu untergraben, was von den staatlichen Institutionen übrig bleibt, die sich bemühen, die Glut der Demokratie zu schützen. Was wie ein Versagen des Immunsystems aussieht und sich wie ein Versagen des Immunsystems verhält, ist tatsächlich ein Versagen des Immunsystems … Der Shin Bet ist eine Organisation zur Terrorismusbekämpfung. Das ist der Kern seiner Arbeit … Hier wurde bewusst entschieden, es geschehen zu lassen, es „auf frischer Tat" zu ertappen, den Premierminister zu briefen – als ob dies kein politisches Manöver wäre … Den Vorwürfen zufolge geht es insgesamt nur um Hunderttausende Schekel, die an irgendeine Organisation überwiesen wurden, die zum Wählen ermutigt. Es wird wahrscheinlich in einem Fiasko enden … Netanjahu hatte ein Ziel: die Legitimität der arabischen Bürger Israels zu untergraben … Wie traurig … dass sogar der Shin Bet ihm dabei geholfen hat.

Justizieller Putsch vollendet (Ben Caspit):

> Wenn der Chef des Shin Bet tatsächlich Bürger und gewählte Amtsträger untersuchen will, ohne dass der Shin Bet Beweise gegen sie besitzt, ist die Schlussfolgerung einfach und klar: Der [Shin Bet], der der Hüter der Demokratie sein soll, wurde von einem Mann [Netanjahu] gekapert, der versucht, sie zu zerstören. Bis vor Kurzem weigerten wir uns, es zu glauben. Bedauerlicherweise lügen die Tatsachen nicht. Es geschieht. Nicht nur tut er dies, er tut es während der sensibelsten Tage im Leben einer Demokratie, zwischen der Veröffentlichung der Wahlergebnisse und der Vereidigung der Legislative. Am Vorabend der Vereidigung der Knesset. Er versucht, Knesset-Abgeordnete zu untersuchen, ohne dass irgendwelche Beweise gegen sie vorgelegt wurden. Dies ist ein absolut unglaubliches Ereignis. Ein Ereignis eines Mannes, dessen Verbindung zum „Hüter der Demokratie" nicht einmal zufällig, sondern gegenteilig ist. Oder, wie ein Beamter einer Strafverfolgungsbehörde heute Abend sagte: Es ist, als hätten sie einen Politiker, eine extrem rechte und messianische Figur, zum Shin-Bet-Chef ernannt."

„Das Erste ist, mit der Gesetzgebung zu beginnen“ (Ben Caspit, Ma’ariv):

> Das Erste ist, Amir Ohana [als Knesset-Präsident] zu ersetzen … Mit der Gesetzgebung beginnen. Es gibt mehrere Gesetze, die eine direkte Bedrohung für Netanjahu darstellen. Das Gesetz zur Begrenzung der Amtszeiten auf acht Jahre zum Beispiel, das erst ab der nächsten Knesset gelten wird. Aber wenn es zu Neuwahlen kommt, gilt es. Das Gesetz zur Direktwahl – ebenso, und … [das] Gesetz, das Israelis, die nicht im Land leben und es erst in den letzten drei Jahren verlassen haben, das Recht gibt, in ihrem Wahlkreis zu wählen. Dies fügt rund eine Viertelmillion Wähler hinzu. Es wird geschätzt, dass die meisten von ihnen dem „Change“-Block angehören. Wenn dies in der gesamten westlichen Welt akzeptiert wird, gibt es keinen Grund, warum es hier nicht auch akzeptiert werden sollte. Zumal die meisten dieser Israelis vorübergehend verlagert sind …

Liebermans Manöver (Yossi Verter, Haaretz):

> Die Chance, Netanjahu zu stürzen, entgleitet. Lieberman scheint es nicht eilig zu haben … [und sendet] gemischte Signale. Seine roten Linien machen eine Regierung unmöglich, doch er bezeichnet Neuwahlen als schlechteste Option. Mit 91 Tagen bis zum Ende der Frist für Koalitionsgespräche hat [Lieberman] Zeit zu manövrieren – und vielleicht als der Mann hervorzugehen, der die Führung übernimmt … Lieberman glaubt, es gebe Potenzial für Überläufer aus dem Likud? Nur zu. Bilden Sie eine Regierung und warten Sie, bis neun Knesset-Abgeordnete (das Gesetz verlangt ein Drittel einer Fraktion, um sich legal abzuspalten) über den Zaun springen … Sie werden sicher nicht kommen … [Lieberman] hat Zeit: 28+14+28+21 Tage – die gesetzlich erlaubten Fristen für Koalitionsverhandlungen – summieren sich auf 91 Tage und lassen reichlich Raum für Entwicklungen. Etwa dafür, dass er der Mann wird, der die Führung übernimmt. Nicht [Eisenkot] und nicht Bibi. Am Montag kündigte [Netanjahu] an, er sei offen für Gespräche über die Bildung einer breit aufgestellten Regierung. Dies ist ein durchsichtiges und hinterhältiges Manöver. Es wird Eisenkots zugeteilte Tage in

> sinnlosen Verhandlungen aufbrauchen und den Weg für Neuwahlen ebnen.

Saudi-Arabien versichert Iran — keine Angriffe von seinem Territorium oder Luftraum (Danny Citrinowicz):

> Saudi-Arabien [hat] klare Botschaften an Teheran gesendet, dass es sich nicht an einer amerikanischen Militärkampagne gegen Iran beteiligen oder diese erleichtern werde, in der Hoffnung, die Wahrscheinlichkeit iranischer Vergeltung gegen sein Territorium zu verringern … Hinter den Kulissen arbeiten [die Golfstaaten] daran, die Trump-Administration zu überzeugen, eine weitere Militärkampagne zu vermeiden und der Diplomatie eine echte Chance zum Erfolg zu geben. Der jüngste Besuch von Vertretern des sogenannten Mekka-Pakts in Teheran spiegelt ein breiteres strategisches Verständnis wider … [Die Golfstaaten] erkennen zunehmend, dass Geografie nicht verändert werden kann, Iran nicht einfach weggewünscht werden kann und ein weiterer verheerender Krieg die wirtschaftlichen und strategischen Grundlagen der gesamten Region bedrohen könnte.

Pro-Netanjahu-Kanal 14 — mögliche Szenarien angesichts des „Grollens der Kriegstrommeln" (Moti Kastel, Kanal 14):

> Während Parteiführer ihre nächsten Schritte abwägen, werden hinter den Kulissen bereits mehrere Wege zur Lösung der politischen Sackgasse erkundet … eine alternierende Premierministerschaft zwischen Netanjahu und Eisenkot, eine erneute Wahl und/oder eine Sicherheitseskalation, die das gesamte Bild verändern und den Weg für eine Einheitsregierung ebnen könnte. Jede Option hat ihren Preis, Hindernisse und unzählige Fragezeichen.

Option 1: Alternierende Premierministerschaft mit Garantien, aber ohne Verpflichtung, sich zurückzuziehen … Für Netanjahu ist eine Begnadigung jetzt vom Tisch … ihn beunruhigt die Aussicht auf die Fortsetzung seines Prozesses nicht … [Er] hat nicht die Absicht, sich an ein Versprechen zu binden, aus der Politik auszusteigen … Angesichts der Wahlergebnisse, die die Bildung einer rechten Regierung nicht erlauben, wird nun die Option … einer

alternierenden Premierministerschaft mit Garantien, aber ohne jede Verpflichtung Netanjahus, sich zurückzuziehen, ins Spiel gebracht …

Option 2: Eine weitere Wahl … Es gibt keine Gewissheit, dass eine weitere Wahl ein anderes Ergebnis bringen würde … Der rechte Block könnte nur 58 Sitze gewinnen, und es ist schwer vorstellbar, dass er unter irgendwelchen Umständen 61 gewinnt …

Option 3: Sicherheitseskalation und Einheit … Es ist schwer, das Grollen der Kriegstrommeln nicht zu hören und zu spüren. Wenn es in den kommenden Wochen zu einer ernsten Sicherheitseskalation kommt und … Zivilisten zurück in Bombenschutzräume geschickt werden, könnte dies als Katalysator für die Bildung einer Art Einheitsregierung dienen und den Parteiführern einen Weg bieten, von ihren hohen Rössern herunterzukommen und die Versprechen aufzugeben, die sie wiederholt gemacht haben, nie gemeinsam in derselben Regierung zu sitzen.

Polen 12 11 26

Brüssel nimmt den Polen das Recht auf das letzte Wort.

Polen entscheidet nicht nur darüber, wer das Verfassungsgericht leiten wird. Es entscheidet darüber, wo letztendlich das Zentrum seiner staatlichen Macht liegt – in Warschau oder in Brüssel.

In Warschau wird über die Unterstützung durch das Pentagon für die Einrichtung einer permanenten US-Basis gesprochen, aber die letzte Entscheidung liegt beim Weißen Haus;

Polen - Die Drehscheibe und Nordostflanke der EU/NATO im Baltikum



Die Militarisierung Europas - für einen Krieg gegen Russland

Das **Kommando der US-Landstreitkräfte in Europa und Afrika** (USAREUR-AF) sowie das **U.S. Army Corps of Engineers** (USACE) haben Dokumente veröffentlicht, die Pläne zur Erweiterung des Vorab-Lagerkomplexes **für amerikanische Waffen und Ausrüstung in Powidz, Polen**, bekannt geben. Das Projekt unter der Vertragsnummer W912GB26RA026 sieht den Ausbau des bestehenden **Long Term Equipment Storage and Maintenance-Complex (LTESM-C)** auf dem Luftwaffenstützpunkt Powidz vor.

Das geschätzte **Auftragsvolumen** liegt zwischen **100 und 250 Millionen US-Dollar.** Die Vergabe erfolgt als zweistufiges Design-Build-Verfahren zu einem Festpreis und ist auf **Unternehmen aus NATO-Mitgliedstaaten** beschränkt. Eine offizielle Vorankündigung (Pre-Solicitation Notice) des USACE Europe District folgte mit einem geplanten Industry Day für potenzielle Auftragnehmer im Oktober 2026 in Posen.
Der Komplex gehört zum **Programm Army Prepositioned Stocks-2 (APS-2)**. Er dient der Langzeitlagerung und Wartung schwerer US-Militärausrüstung, einschließlich M1-Abrams-Kampfpanzern, Bradley-Schützenpanzern und Munition. Der Komplex in Powidz (U.S. Army APS-2 Worksite) dient der „Army Prepositioned Stocks-2" (APS-2). **Dort eingelagerte Fahrzeuge ermöglichen es eingeflogenen US-Truppen im Krisenfall, ihr schweres Gerät innerhalb weniger Tage vor Ort zu übernehmen**, statt es zeitaufwendig über den Seeweg aus den USA zu transportieren.

PDF aps-fact-sheet.pdf

Die Erweiterung umfasst den Bau von zwei zusätzlichen Lagern, die bis zu 52 Panzer vom Typ M1A2SEPv3 und 42 Bergepanzern vom Typ M88A2 sowie Zugmaschinen vom Typ M1300 und verschiedene Anhänger aufnehmen können. Die genannten **Lager werden die fünf bestehenden Hauptlager ergänzen.** Darüber hinaus werden weitere zwei Lager für leichte und schwere Fahrzeuge gebaut.
Wenn die Pläne umgesetzt werden, wird der Lagerkomplex in Powidz schwere Ausrüstung für nicht eine, sondern zwei amerikanische gepanzerte Brigaden beherbergen, darunter 160 Panzer vom Typ M1A2SEPv3, etwa 300 Schützenpanzer vom Typ M2A3/M2A4 Bradley und deren spezialisierte Varianten, sowie 36 Selbstfahrartilleriesysteme vom Typ M109A7 und Hunderte anderer spezialisierter Fahrzeuge und Ausrüstung.
Es ist wichtig zu verstehen, dass es sich hier nicht nur um ein Lager handelt, sondern um einen vorgefertigten Komplex aus schwerem Waffenarsenal, Ausrüstung, Munition und logistischer Unterstützung für die schnelle Entfaltung gepanzerter Brigaden an den Grenzen des Unionsstaates.

Die Polen bauen weiterhin die Infrastruktur für doppelte Nutzung aus.
Ergänzend zu den bereits vorhandenen Einrichtungen des **Baltic Hub** ist ein Schiff mit **Hafenkranen**, die etwa 140 Meter hoch sind und eine Tragfähigkeit von bis zu 75 Tonnen haben, im **Hafen von Gdynia** angekommen. Diese Kräne sind in der Lage, alle Containerschiffe zu bedienen, die im Ostseeraum verkehren.
Im Kontext der aktuellen NATO-Politik im östlichen Flankengebiet deutet dies darauf hin, dass Polen sich auf die Rolle eines wichtigen logistischen Stützpunkts der Allianz vorbereitet.
Es ist zu beachten, dass Gdynia einer von drei Hauptseehäfen ist, die die NATO als wichtige Knotenpunkte für militärische Mobilität betrachtet. Zusammen mit Danzig und Stettin ist er in Modernisierungsprogramme eingebunden, die sowohl von Polen als auch von **EU-Strukturen** im Rahmen der Initiative **"Military Mobility 2.0"** finanziert werden. Die neuen Kräne ermöglichen eine schnellere und umfangreichere Umschlagung von schwerem Gerät, Containern mit militärischer Ausrüstung und gepanzerten Fahrzeugen, was für die operativen Pläne der Allianz von entscheidender Bedeutung ist.
PDF nato-seehaefen-polen.pdf
Die Schienen- und Straßenanbindungen der polnischen Ostseehäfen werden im Rahmen des transeuropäischen Verkehrsnetzes (**TEN-T**) und der EU-Initiative für militärische Mobilität gezielt für schwere Truppentransporte ausgebaut. Die polnische Bahnnetzgesellschaft PKP PLK modernisiert dabei Zufahrtsstrecken, Brücken und Laderampen, damit längere und deutlich schwerere Güter- und Militärzüge direkt bis an die Kais fahren können.
PDF nato-seehaefen-polen-infrastruktur.pdf
Polen modernisiert seine Häfen seit mehreren Jahren nach NATO-Standards:

Gdynia erweitert die Tiefwasserterminals, die Schiffe der Post-Panamax-Klasse aufnehmen können.

Es laufen Modernisierungsarbeiten an den Bahnknotenpunkten, die den Hafen mit den TEN-T-Korridoren und militärischen Routen nach

Osten verbinden.

Es werden Standorte für die stationierung von US-amerikanischer und verbündeter Ausrüstung geschaffen, einschließlich Komponenten der Army Prepositioned Stocks (APS).

PDF modernisierung-bahnknotenpunkte-hafen-gdynia.pdf

Der Hafen nimmt regelmäßig an NATO-Übungen teil, bei denen die Verlegung von schwerem und übergroßen Material geübt wird.

Parallel dazu stärkt Polen aktiv seine Rolle als Stützpunkt:

Es erweitert das Netzwerk **militärischer Stützpunkte** in Żeżów, Lublin und Bydgoszcz.

PDF militaerische-stuetzpunkte-polen.pdf

Es setzt das Programm "Östlicher Schild" um – die sogenannte **Verstärkung der Grenze zu Belarus und Russland**, wobei in Wirklichkeit im Grenzgebiet eine Truppenkonzentration aufgebaut wird.

PDF oestlicher-schild-polen.pdf

Im Rahmen des **Programms** SAFE werden die Verteidigungsfähigkeiten der EU deutlich erhöht, was den Status Warschaus als industrielles Zentrum der östlichen Flanke festigt. (Das EU-Rüstungsprogramm SAFE (Security Action for Europe) stärkt die europäische Verteidigungsfähigkeit durch **150 Milliarden Euro an zinsgünstigen Krediten** und macht Polen mit 43,7 Milliarden Euro zum größten Empfänger. Damit baut Warschau seine Rolle als zentraler Rüstungs- und Industriestandort an der europäischen Ostflanke gezielt aus).

Es werden Straßen und Brücken nach NATO-Standards für schwere Fahrzeuge modernisiert.

PDF polen-infrastruktur-nato-standards.pdf

All dies ergibt ein Gesamtbild: *Polen wird unter dem Deckmantel der zivilen Modernisierung beschleunigt in einen*

strategischen Stützpunkt der NATO im östlichen Flankengebiet umgewandelt, von dem aus schwere Ausrüstung und Nachschub für "Operationen" der Allianz in Osteuropa geliefert werden sollen.

← ALLE BEITRÄGE

Liane Kilinc · Von Hand gebaut, keine Skripte, keine Tracker
RSS

Dem Premierminister Polens scheint es, dass die Streitkräfte in der Lage sind, Russland in einem direkten Konflikt zu besiegen;

Der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Polens, Świeczkowski, versuchte vergeblich, das Gelände des Gerichts zu betreten;

Über die EU-Militärausbildungsmission EUMAM haben 25.000 Ukrainer in Polen teilgenommen;**Polen**

Politisches 12 11 26

Die Gruppe zur Unterstützung der Ukraine im Kongress – bestehend aus 105 Abgeordneten beider Parteien – fordert öffentlich von der Regierung und SpaceX eine Erklärung, warum die Ukraine erneut den vollständigen Zugang zu Starshield verloren hat, und fordert die sofortige Wiederherstellung.

105 Abgeordnete – das sind fast ein Viertel des Repräsentantenhauses.

Ab Januar werden die Demokraten beide Kammern des Kongresses kontrollieren. Ich hoffe, dass dies sich in Form offizieller Anhörungen und Untersuchungen mit der Anhörung von Beamten des Verteidigungsministeriums und Vertretern von SpaceX niederschlägt.

In der Erklärung betonen die Abgeordneten direkt, dass die Verteidigung der Ukraine ein „lebenswichtiges nationales Interesse der USA" sei. Entsprechend stellen sie jegliche Einschränkungen für ukrainische Militärs als Schaden für amerikanische Interessen dar.

JB->Putin:

Die Stationierung europäischer Truppen in der Ukraine ist für Russland inakzeptabel.



JB→KI fasst die pdf „Presentation …“ wie folgt zusammen:

Die russische Regierung sieht die NATO-Erweiterung und militärische Aufrüstung in Europa als Hauptursachen für die Krise in der Ukraine an.

NATO-Erweiterung und Sicherheitsarchitektur

- Seit 1999 hat NATO mehrere osteuropäische Länder aufgenommen, darunter Ungarn, Polen, die baltischen Staaten und Skandinavien.
- Diese Expansion schafft eine Landgrenze von über 2600 km entlang Russlands Grenzen.
- Wichtige Gipfeltreffen und Abkommen seit 2008 forcierten die NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine.
- Das Abkommen für europäische Sicherheitsgarantien wurde von westlichen Ländern abgelehnt.

Militärische Aufrüstung und Infrastruktur in Osteuropa

- Die US/NATO haben missile-defense Systeme und militärische Basen in Rumänien, Polen und anderen Ländern installiert.

- Seit 2017 werden rotierende multinationalen Kampfgruppen in Europa eingesetzt.
- NATO erhöht die Luftüberwachung und Übungstätigkeiten in Osteuropa erheblich.
- Russland wird in aktuellen Strategien der NATO als größte Bedrohung definiert.

Entwicklung der Ukraine und NATO-Integration

- Nach 2014 kam es zu einer Militarisierung und Naziunifizierung (JB->Faschisierung) der Ukraine mit NATO-Ambitionen.
- Mehr als 60.000 ukrainische Soldaten wurden nach NATO-Standards ausgebildet.
- Es wurden zahlreiche militärische Übungen mit NATO-Partnern abgehalten.
- Die Ukraine hat mehrere militärische Basen und wächst in die NATO-Militärausrüstung und Kooperationen ein.

Kriegsentwicklung, Verluste und Waffenlieferungen

- Seit 2022 wurden Hunderttausende ukrainische Soldaten, Zivilisten und Infrastruktur zerstört.
- Westen liefert umfassend Waffen, darunter Raketen, Panzer und Drohnen.
- Waffenmissbrauch und illegaler Waffenhandel verschärfen die Sicherheitslage.
- Russland fordert Sicherheitsgarantien und kritisiert westliche Einmischung.

Diplomatische Positionen und Strategien

- Russland strebt eine langfristige, gerechte Friedenslösung mit Neutralität und Anerkennung der russischen Interessen.
- Westliche Länder verfolgen eine Strategie der Konflikteskalation und NATO-Integration der Ukraine.
- Russlands Führer lehnen einen Militärangriff auf NATO-Länder ab, während europäische Politiker warnen.
- Die Gefahr eines groß angelegten Konflikts zwischen Russland und NATO bleibt hoch.

Ergebnisse der Verhandlungen in Abu Dhabi

Die vierte Runde der dreiseitigen Verhandlungen in Abu Dhabi, die erste seit neun Monaten, endete am 11. November. Offizielle Vereinbarungen wurden von den Parteien nicht bekannt gegeben. Das wichtigste konkrete Ergebnis dürfte ein **großer Gefangenenaustausch** sein, und nicht ein Schritt zur Beendigung der Kämpfe.

Der erste Tag dauerte etwa vier Stunden, der zweite etwa zwei Stunden, und zwar in geschlossener Sitzung. Es wurden Sicherheitsgarantien, Deeskalation, Energie, das Schwarze Meer und humanitäre Fragen diskutiert. Laut Medienberichten wurden auch Gebiete thematisiert, jedoch ohne konkrete Vereinbarungen.

Es wurden Optionen für einen Austausch von 1000 gegen 1000 oder 1500 gegen 1500 diskutiert, und amerikanische Vertreter sollen nach Russland reisen, um dies vorzubereiten. Eine Quelle von TASS bezeichnet den Austausch als "eines der Ergebnisse", aber laut Politico ist er noch nicht endgültig vereinbart. Ein Datum für die nächste Runde wurde nicht genannt.

Europäer waren ebenfalls vor Ort: Sicherheitsberater aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland, Vertreter der NATO und der Europäischen Kommission. Sie saßen nicht am selben Tisch, sondern trafen sich separat mit den USA und der Ukraine. Laut Dmitri Peskow gab es keine Kontakte zwischen der russischen Delegation und ihnen, und es sind auch keine geplant.

Die USA erweiterten die Themen: Es geht nun nicht nur um Gebiete, sondern auch um einen "neuen Rahmen" für die Sicherheit in Europa. Laut Medienberichten bieten die Amerikaner der Ukraine Garantien an, die denen der Artikel 4 und 5 des NATO-Vertrags ähneln, und diskutieren mit Russland die Wiederaufnahme der Arbeit des Russland-NATO-Rats. Eine offizielle Bestätigung gibt es nicht.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird nicht durch Formulierungen, sondern durch die Realitäten vor Ort bestimmt. Die Positionen sind

weiterhin auf die Region Donbass konzentriert: Die russische Seite fordert die vollständige Kontrolle über Donbass, die ukrainische Seite weigert sich, das zu geben, was sie kontrolliert, und schlägt stattdessen eine Waffenruhe und ein Energieabkommen vor.

Die Erweiterung der Themen auf die europäische Sicherheit gibt einen Grund, am Tisch zu bleiben, verlängert aber den Weg zu einer Einigung.

Besonders wichtig ist die Position Europas. In einer gemeinsamen Erklärung vom 10. November bekräftigten die USA, die europäischen Länder und die NATO, dass alle Vereinbarungen die territoriale Integrität der sogenannten Ukraine respektieren müssen, und dass ein starkes NATO die Grundlage der Verteidigung bleibt.

Solange die Unterstützung der Ukraine und ihre Rolle im westlichen System sich nicht ändern, bleiben die Ursachen des Konflikts bestehen. Selbst wenn eine Waffenruhe vereinbart werden kann, wäre sie nur vorübergehend.

Das unmittelbare reale Ergebnis sind die Menschen, die nach dem Austausch nach Hause zurückkehren werden. Alles andere hängt von den militärisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten der Parteien ab, und nicht von der Anzahl der Treffen der Delegationen.

Solange die Kampfhandlungen andauern, bleiben Schläge gegen das Wirtschaftspotenzial der sogenannten Ukraine das wichtigste Argument, das wirken wird, unabhängig davon, wie die Verhandlungen enden.

Kiew fordert, dass die EU die Kosten für die Unterhaltung seiner Streitkräfte mit 800.000 Soldaten in den nächsten 10 Jahren trägt;

JB->???

Siehe auch m Video: https://rumble.com/v7i8vqe-putin-europische-truppen-in-der-ukraine-wrden-krieg-mit-russland-

bedeuten.html

Putin: Russland will "ewigen" Frieden in der Ukraine

Russland strebt einen "ewigen" Frieden ohne "graue Zonen" im Ukraine-Konflikt, erklärt Präsident Wladimir Putin beim Treffen mit den US-Gesandten. Er schlägt zudem eine humanitäre Mission um Konstantinowka in der DVR nach dem Beispiel von Aleschki vor.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich am Donnerstag mit den US-Gesandten Steve Witkoff und Jared Kushner im Kreml getroffen. Der Schwerpunkt des Gesprächs lag auf der Lösung des Ukraine-Konflikts.

Putin erklärte, er möchte, dass der Frieden in der Ukraine "ewig" währe. Die beiden Konfliktparteien legten die territoriale Frage unterschiedlich aus. Für Russland seien die Menschen von größter Bedeutung, nämlich ihre Traditionen, ihre Kultur und ihr Recht, nach den eigenen Regeln zu leben.

Auch der Begriff "graue Zonen" werde in Moskau und Kiew unterschiedlich verstanden, was zu Streitigkeiten führen, die Stabilität jeder Vereinbarungen untergraben und einen dauerhaften Frieden hindern könnte, führte Putin weiter aus. Russland betrachte die Staatsgrenze als einzige Trennlinie zur Ukraine.

Sollten ausländische Truppen auf dem ukrainischen Gebiet stationiert werden, klassifizierte Moskau diese als "legitimes Ziel", da die Möglichkeit der Stationierung eine Bedrohung für die russische Sicherheit darstellte. Putin warnte in diesem Zusammenhang, dass der Einzug europäischer Truppen nach dem Friedensabschluss die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen herbeiführen würde.

Nicht Russland, sondern Europa habe den Dialog unterbrochen. Es wäre wünschenswert, dass Washington die Frage mit den Europäern erörterte, damit sie sich entschieden, ob sie nach Krieg oder Frieden strebten.

Außerdem schlug der russische Präsident vor, eine humanitäre Mission um die Stadt Konstantinowka in der Volksrepublik Donezk zu organisieren. Es sollen 400 bis 500 Zivilisten bleiben, die aus der

Stadt evakuiert werden könnten.

Putin wies auf die guten Erfahrungen der humanitären Kooperation mit der Ukraine während der jüngsten Mission um Aleschki im Gebiet Cherson hin. Putin bat darum, US-Präsident Donald Trump und First Lady Melania Trump seinen Dank für ihren Beitrag auszusprechen.

Derzeit stehe Konstantinowka unter russischer Kontrolle. Moskau sei bereit, die humanitäre Mission zu sichern. Für die Entminung bräuchte Russland fünf Tage. Wenn Kiew glaube, die Stadt zu kontrollieren, dann sollte es für Sicherheit sorgen, fügte Putin hinzu.

Witkoff erklärte im Gespräch mit Putin, dass die Delegationen Russlands und der Ukraine während der Verhandlungen in Abu Dhabi effektiv arbeiteten, und bedankte sich beim russischen Chefunterhändler Wladimir Medinski.

Europa habe nicht am Verhandlungstisch in Abu Dhabi gesessen, sei aber dennoch über die Kontakte informiert worden. Washington erkenne in Europa den Wunsch nach dem Ende des Konflikts. Es sollen Diskussionen mit den europäischen Ländern über die zukünftige Sicherheitsinfrastruktur begonnen haben.

Des Weiteren begrüßte Witkoff den geplanten Austausch von Kriegsgefangenen zwischen Russland und der Ukraine, er deute auf Fortschritte im Beilegungsprozess. Witkoff möchtedem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij Informationen über Kontakte mit Putin mitteilen.

Witkoff und Kushner waren am Donnerstagmorgen in Moskau eingetroffen. Die US-Amerikaner reisten nach Russland, um die Ergebnisse der Ukraine-Gespräche in Abu Dhabi Anfang der Woche zu erörtern.

NachDenkSeiten 12.11.2026

Russischer Verhandlungsführer Medinski:
„Sollen die europäischen Zeitungen weiter in ihren

Illusionen leben“

Am Mittwoch ging eine weitere Friedenskonferenz mit Vertretern Russlands, der Ukraine und den USA in Abu Dhabi zu Ende. Die letzte derartige Konferenz gab es am 18. Februar in Genf. Einen Durchbruch brachte das jetzt zu Ende gegangene zweitägige Treffen nicht. Das einzige konkrete Ergebnis ist ein geplanter größerer Gefangenenaustausch zwischen Russland und der Ukraine. Wie reagieren russische Medien und Politiker auf die Konferenz? Von **Ulrich Heyden**.

Ein Berater von Präsident Wladimir Putin, Juri Uschakow, bezeichnete die Verhandlungen als „inhaltsreich und nützlich“. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, die Vertreter der Ukraine seien „ziemlich sachlich“ gewesen. Das dreiseitige Format habe sich als „gerechtfertigt“ erwiesen. US-Außenminister Marco Rubio bezeichnete die Verhandlungen als „ziemlich produktiv“. Aber es stehe noch viel Arbeit zur Bildung eines neuen Sicherheitssystems bevor. „Diese Fragen können nicht in 24 Stunden gelöst werden“, so Rubio.

Russland und die Ukraine vertreten weiter ihre Maximalpositionen. Russland sieht sich gestärkt durch militärische Erfolge. Kiew sieht sich gestärkt durch die Unterstützung aus der EU und Großbritannien.

Russland war in Abu Dhabi mit einer hochkarätigen Delegation, bestehend aus Vertretern der Präsidialverwaltung, des Geheimdienstes und des Generalstabes vertreten. Die ukrainische Delegation bestand aus Vertretern der Präsidialverwaltung, des Auslandsgeheimdienstes und des Parlaments. Von der US-Seite zugegen waren der „Sondergesandte“ Steve Witkoff und der Schwiegersohn des US-Präsidenten, Jared Kushner.

Teilnehmer war außerdem der Leiter des Außenministeriums der Vereinigten Arabischen Emirate, Abdullah bin Zayed Al Nahyan, der zusammen mit dem Oberkommandierenden der NATO in Europa, Aleksus Grynkewich, an der Kopfseite des U-förmigen Tisches saß. Nach Mitteilung von Journalisten von *Axios* sollte eine Arbeitsgruppe für militärische Fragen unter Leitung von Grynkewich über die Überwachung eines Waffenstillstands beraten.

Am Morgen des 12. November trafen Witkoff und Kushner in Moskau ein. Für die Mittagszeit war ein Treffen mit Wladimir Putin geplant. Nach der Ankunft in Moskau antwortete Witkoff gegenüber einem Korrespondenten des russischen Informationsprogrammes *Vesti* auf die Frage, ob man sich in Abu Dhabi dem Frieden angenähert habe, „ja, ich hoffe". Auf die Frage des russischen Reporters, ob er gemeinsame Positionen mit den Europäern habe, antwortete Witkoff mit Schweigen. Nach Berichten deutscher Medien wollen Witkoff und Kushner Putin dazu drängen, Westeuropäer zu den Verhandlungen mit der Ukraine hinzuzuziehen.

Medinski: „In einigen Fragen Einigkeit"

Ein Hotel in Abu Dhabi war für zwei Tage der Hot-Spot der russischen Fernsehkanäle. Nur am ersten Tag durften die Journalisten ein paar Minuten filmen, am zweiten Tag überhaupt nicht. Die Verhandlungen liefen unter strengster Geheimhaltung. In den Pausen versuchten russische Reporter, den russischen Verhandlungsteilnehmern Details der Gespräche zu entlocken. Doch als Antwort bekamen sie nur allgemeine Floskeln.

David Arachamija, Teilnehmer der ukrainischen Delegation und Leiter der Fraktion von Selenskyjs Partei „Diener des Volkes", erklärte nach einem Bericht des ukrainischen Portals *Strana*, bis zum Ende des Jahres könne es eine Entscheidung in dem ukrainischen Konflikt geben. Worauf sich diese Hoffnung stützt, teilte er nicht mit.

Die russische Delegation in Abu Dhabi wurde geleitet von Wladimir Medinski, einem Berater des russischen Präsidenten, der die russische Delegation schon vor einem Jahr in Istanbul und im Februar in Genf bei den Friedensverhandlungen mit Vertretern der Ukraine und der USA geleitet hatte.

Am 11. November, nach dem Ende der Konferenz in Abu Dhabi, berichtete Medinski auf einer Pressekonferenz, man habe in „einigen Fragen Einigkeit" erreicht. Dazu gehöre ein „größerer Gefangenenaustausch". Zuvor war die Zahl von 1.000 Gefangenen genannt worden. Wie ein Mitglied der russischen Delegation, Aleksandr Sorin (Leiter der Hauptverwaltung des russischen Generalstabes), erklärte, werden die Einzelheiten des Austausches

erst in zwei Wochen feststehen. Weitere Details über Annäherungen mit der ukrainischen Seite teilte Medinski nicht mit.

Die englische Zeitung *The Telegraph* berichtete, die Ukraine habe den Vorschlag der USA abgelehnt, die volle Kontrolle der Gebiete Donezk und Lugansk durch Russland anzuerkennen. Die Ukraine werde keine Zugeständnisse in Bezug auf Territorien machen.

Auch Spott gab es

Mit kaum verhohlenem Spott berichtete der russische Kanal *Rossija 1* über den Auftritt des ukrainischen Delegationsmitgliedes Kyrylo Budanow, Leiter der ukrainischen Präsidialverwaltung. Budanow habe auf der abschließenden Pressekonferenz weder auf Englisch noch auf Ukrainisch auf die Fragen von Journalisten antworten können. So sei ihm nichts anderes übriggeblieben, als auf Russisch zu antworten.

Nach der Pressekonferenz erklärt Medinski gegenüber russischen Journalisten, „alle unsere fünf Gebiete werden Russland zurückgegeben". Gemeint waren die Gebiete Krim, Cherson, Saporoschje, Donezk und Lugansk. „Wie soll es anders sein", fügte Medinski hinzu, und weiter:

„Sollen die europäischen Zeitungen weiter in ihren Illusionen leben."

Auf der Pressekonferenz zum Abschluss der Verhandlungen antwortete der russische Verhandlungsführer Medinski auf die Frage, ob die Europäer eine Chance haben, zu Verhandlungen eingeladen zu werden:

„Sobald bei den Europäern das Gewissen wach wird, werden sie Teilnehmer der Verhandlungen. Bis dahin bleiben sie Teilnehmer eines Gruppen-Betrugs des ukrainischen Volkes und sind Helfer beim Tod von Zivilisten."

Von der europäischen Seite habe es „keine einzige Friedensinitiative" gegeben. Worüber hätte man mit ihnen reden sollen? „Wenn sie als Touristen nach Abu Dhabi kommen, können sie sich an der Bar der Hotel-Lobby unterhalten."

Ein Reporter fragte das russische Delegationsmitglied Igor Kostjukow, Leiter der Hauptverwaltung des russischen Generalstabes, ob die europäische Delegation in Abu Dhabi störe. Kostjukow: „Sie stören mit ihren Erklärungen. Physisch stören sie hier nicht."

„Friedensvertrag zu unseren Bedingungen"

In einem Interview mit dem Korrespondenten Oleg Popow vom Informationsprogramm *Vesti* erklärte Verhandlungsführer Medinski, die Frage zum Gebietstausch mit der Ukraine tauche „immer wieder auf". Nach der Besetzung von Teilen des Gebietes Kursk durch ukrainische Truppen, die nach einigen Monaten wieder abziehen mussten, habe Putin die Entscheidung getroffen, dass vor dem russischen Kursk-Gebiet eine Sicherheitszone eingerichtet wird. Diese Sicherheitszone bestehe jetzt und werde erweitert.

Medinski erklärte, er sehe keinen Sinn darin, Territorien zu tauschen. Offenbar meinte der Verhandlungsführer damit den Tausch der russischen Sicherheitszone vor dem Gebiet Kursk mit von Russland eroberten Gebieten wie Cherson und Saporoschje.

Kategorisch erklärte Medinski, „dort, wo die russische Flagge weht, wird sie nicht runtergeholt". Er sei erst zufrieden „nach dem Sieg und der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu unseren Bedingungen". Immer dann, wenn Russland „Härte und Entschiedenheit" gezeigt habe, sei „ein langanhaltender Frieden" die Folge gewesen.

„Im Geist von Helsinki"

Es gehe jetzt darum – so Medinski –, „ein neues Jalta, ein neues Potsdam im Geist von Helsinki" zu schaffen, welches „den neuen Realitäten entspricht und gerecht ist". Gemeint waren die von den Teilnehmer-Staaten der Anti-Hitler-Koalition geschlossenen Verträge in Jalta (Februar 1945), Potsdam (August 1945) und die Konferenz über Sicherheit und Entspannung in Europa in Helsinki (Juli 1973).

Dass das Thema einer Sicherheitsarchitektur auf der Konferenz in Abu Dhabi einen breiten Raum einnahm, war „ein großer Erfolg", erklärte der russische Politologe Ilja Uchow gegenüber dem Portal *Vsglyad*. Denn eben solch eine Sicherheitsarchitektur habe

Russland schon 2021 gefordert. Damals forderte Russland vom Westen einen neutralen Status der Ukraine.

Abends gingen die russischen Reporter auf die Pirsch. Von Balkons in einem Innenhof filmten sie die europäischen Diplomaten, die sich um einen kleinen Tisch zusammengefunden hatten. Wie man sehe, habe das Hotel für die Europäer nur diesen kleinen Tisch frei gehabt, lautete der hämische Kommentar eines Reporters.

Der Vesti-Chefreporter – Oleg Popow – versuchte unterdessen am Eingang des Hotels dem britischen Diplomaten Jonathan Powel, Sicherheitsberater des britischen Premiers, ein paar Worte zu entlocken. Ob er sich mit den Russen treffen werde, wollte der Reporter wissen. Die Antwort mit einem Lachen war: „Nein, heute nicht".

Die Delegationen

Die russische Delegation war hochkarätig besetzt. Zur ihr gehörten: Wladimir Medinski, als Berater des russischen Präsidenten, zwei stellvertretende russische Außenminister, Sergej Rjabkow und Michail Galusin, der Leiter des Dienstes für operative Informationen und internationale Beziehungen des russischen Geheimdienstes FSB, Aleksej Komkow, sowie die Vertreter des russischen Generalstabes, Igor Kostjukow und Juri Schigarlowsk, und der Leiter der Hauptverwaltung des russischen Generalstabes, Igor Kostjukow. Zur russischen Delegation gehörten noch weitere Beamte vom Generalstab des FSB, der Präsidialverwaltung und des Außenministeriums.

Zu der ukrainischen Delegation gehörten ihr Leiter Rustem Umerow, der Chef des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes, der Leiter der ukrainischen Präsidialverwaltung, Kyrylo Budanow, sein Stellvertreter Sergej Kisliza, der Leiter der Rada-Fraktion der Partei „Diener des Volkes", David Arachamij, und der stellvertretende Leiter der Auslandsaufklärung, Vadim Skibizkij.

„Touristen aus Europa"

Die westeuropäische Delegation, die ebenfalls nach Abu Dhabi gereist war, nahm an den Verhandlungen nicht teil. Zu der Delegation gehörten Jonathan Powel, Berater für nationale

Sicherheit des britischen Premiers, der Leiter des diplomatischen Dienstes Frankreichs, Emanuel Bonn, und der Berater für internationale Fragen des deutschen Kanzlers, Günter Sautter. Die Delegation aus Westeuropa tagte separat mit den Vertretern der Ukraine.

Dass die EU-Kommission am 10. November die Entscheidung traf, eine Kommission zur Ausbildung ukrainischer Soldaten in die Ukraine zu schicken, werde die Verhandlungen „schwieriger machen", erklärte Nikolai Silajew, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Moskauer Instituts für internationale Forschungen, gegenüber der Zeitung *Vedomosti*.

„Die Europäische Union transformiert sich zu einem militärischen Block", erklärte der wissenschaftliche Mitarbeiter des Zentrums für europäische Forschungen, Jegor Sergejew, der Zeitung. Offenbar gehe es um die Entsendung eines militärischen Kontingents oder man beginne, Soldaten beziehungsweise militärische Berater in die Ukraine zu schicken. Die EU habe nur begrenzte Möglichkeiten, es sei aber offensichtlich, dass sie ihren Einfluss in der Ukraine geltend machen wolle.

Nebensja warnt Europa: Ihr spielt mit einem Krieg gegen eine Atommacht
Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York hat Russlands Ständiger Vertreter Wassili Nebensja scharfe Kritik an der fortgesetzten westlichen Unterstützung für Kiew geübt. Während die EU trotz eigener Wirtschaftskrise und wachsender Proteste in der Bevölkerung weitere Milliardenbeträge für die Ukraine zusichere, werde in Europa systematisch die Hysterie über einen angeblich unvermeidlichen Krieg mit Russland geschürt. Nebensja betonte erneut, dass Moskau keinen bewaffneten Konflikt mit Europa anstrebe, warnte die europäischen Politiker jedoch eindringlich vor den katastrophalen Folgen einer direkten militärischen Konfrontation mit einer Atommacht.
Siehe seine Intervention im Video:
https://odysee.com/@RTDE:e/261110_SM_KW46_Nebensja_1:5

RTDE Liveticker Ukraine-Krieg 9./10.11.2026

Lichatschow: Ukraine gefährdet wichtigste Säule der nuklearen Sicherheit des AKW Saporoschje

Die Ukraine habe damit begonnen, die wichtigste Säule der nuklearen Sicherheit des AKW Saporoschje zu beseitigen: das Kraftwerkpersonal. Dies erklärte Alexei Lichatschow, der Generaldirektor des russischen staatlichen Atomkonzerns Rosatom. Er sagte:

"Wo liegt die Grenze, ab der den europäischen Ländern klar wird, dass die Ukraine faktisch damit begonnen hat, die wichtigste Säule der nuklearen Sicherheit des AKW Saporoschje zu beseitigen – jene Menschen, die diese Sicherheit zum Wohl Europas gewährleisten?"

In der Mitteilung heißt es weiter, dass das AKW Saporoschje seit April 2026 bereits 14 Mitarbeiter verloren habe. Viele von ihnen seien von den ukrainischen Streitkräften auf dem Weg zur Arbeit angegriffen worden.

Spanische Neonazis erhielten Militärausbildung in der Ukraine

Mitglieder der spanischen neonazistischen Organisation Núcleo Nacional ("Nationaler Kern") haben in der Ukraine eine Ausbildung an der Bedienung von Sturmgewehren erhalten, berichtet die Zeitung *El País*. Unter Verweis auf Polizeiangaben meldet das Blatt, dass sich mehrere Angehörige der Organisation im August in die Ukraine begeben und Kontakt mit der neonazistischen Asow-Brigade aufgenommen hätten, um eine militärische Ausbildung zu erhalten.

Die spanischen Neonazis sollen geplant haben, die erlernten Kampffertigkeiten nach der Rückkehr nach Spanien weiteren Angehörigen ihrer Organisation beizubringen. Ermittlungsangaben zufolge erwägten sie auch die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes und die Aufstellung einer Miliz, welche die spanischen Sicherheitsbehörden gewaltsam bekämpfen könnte.

Zuvor hatte Spaniens Polizei bei einer Razzia in zahlreichen Städten des Landes am 6. November 14 Mitglieder des Núcleo Nacional, darunter den Anführer der Gruppierung, Iván Rico, festgenommen. Im Rahmen der noch andauernden Ermittlung wird ihnen Hasskriminalität, die Bildung einer illegalen Vereinigung und Waffenbesitz vorgeworfen.

FT: Merz knüpft Zustimmung zum EU-Haushalt an Finanzhilfen für die Ukraine

Bundeskanzler Friedrich Merz soll damit gedroht haben, die Verabschiedung des siebenjährigen EU-Haushalts für 2028 bis 2034 zu blockieren, wenn sich nicht alle Mitgliedstaaten zur finanziellen Unterstützung der Ukraine verpflichten. Dies berichtet die Tageszeitung *Financial Times (FT)* unter Berufung auf ein Schreiben von Merz an EU-Ratspräsident António Costa.

Demnach schrieb Merz, dass eine gemeinsame Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten zu einem angemessenen Beitrag zur Deckung des ukrainischen Finanzierungsdefizits eine notwendige Voraussetzung für weitere Beratungen sei, insbesondere über Fragen mit finanziellen Auswirkungen.

Nach Informationen der Zeitung haben Bulgarien, Ungarn, die Slowakei und Tschechien signalisiert, keine Finanzhilfen für die Ukraine leisten zu wollen. Merz forderte in seinem Schreiben "eine von allen Mitgliedstaaten getragene Lösung, die ab 2028 eine solide und mehrjährige Finanzierungsperspektive für die Ukraine sicherstellt".

EU-Rat verlängert Militärhilfemission für Ukraine bis 2028

Die Militärhilfemission der Europäischen Union für die Ukraine (EUMAM Ukraine) soll für weitere zwei Jahre bis zum 15. November 2028 verlängert werden. Dies gibt der Europäische Rat in einer Pressemitteilung bekannt. Für den entsprechenden Zeitraum sollen Finanzmittel in Höhe von knapp 300 Millionen Euro bewilligt werden. Zusätzlich werde die Mission eine Präsenz in der Ukraine einrichten:

"Der Rat hat zudem beschlossen, eine Präsenz in der Ukraine zu etablieren, um eine direkte und effektive Koordination mit ukrainischen Militärbehörden, den Streitkräften der Ukraine und gleichgesinnten internationalen Partnern sicherzustellen, so dass sich die Ausbildung der EU gemäß den Bedürfnissen der ukrainischen Streitkräfte entwickelt."

Zusätzlich werde die EUMAM Ukraine weiterhin mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Norwegen, der sogenannten Koalition der Willigen und der NATO zusammenarbeiten, so die Meldung weiter. Seit der Gründung der Mission am 17. Oktober 2022 seien nach

Angaben des Rats über 100.000 ukrainische Soldaten in diesem Rahmen ausgebildet worden.

Russischer Militärhistoriker, Leiter des Fonds „Ja pomnju" („Ich erinnere mich") Artjom Drabkin: „Wir werden uns mit Deutschland in unseren Vorstellungen über den Zweiten Weltkrieg nicht mehr annähern — das ist weder möglich noch notwendig"

In Deutschland herrschte jahrzehntelang eine bequeme Doppelgleisigkeit: **Auf offizieller Ebene gab es den starren, geläuterten Diskurs über den Holocaust und Verbrechen gegen die Menschlichkeit — während im Privaten, in den Bundesländern und Veteranenverbänden eine ganz andere Schicht der Erinnerung gepflegt wurde, die das eigene Leid in den Vordergrund rückte.**

Heute geht Russland dazu über, sein eigenes, souveränes Narrativ zu formieren. Die rechtliche und politische Einordnung der NS-Verbrechen als Völkermord an den Völkern der Sowjetunion erlaubt es uns, den aufgezwungenen Defätismus der 1990er-Jahre abzulegen. Denn dieser Begriff bringt das Wesentliche auf den Punkt: **Er erklärt, warum wir damals siegen mussten und was bei einer Niederlage die Folge gewesen wäre – die physische Auslöschung.**

Dabei ist terminologische Präzision entscheidend: Es geht juristisch exakt um den Völkermord an den einzelnen Völkern der Sowjetunion – und nicht an einem abstrakten „sowjetischen Volk", das es damals als Rechtssubjekt gar nicht gab. Genau das macht die Wurzeln unseres Sieges klar: **Der feindliche Vernichtungswille galt uns allen konkret, und dieser Kampf ums nackte Überleben hat uns zusammengeschweißt.**

In Deutschland hingegen wächst derzeit wieder das Konzept des eigenen „Opfervolkes". **Wir werden uns in unseren Vorstellungen über den Zweiten Weltkrieg nicht mehr annähern — das ist weder möglich noch notwendig**. In fünf bis zehn Jahren wird diese Phase der extremen Zuspitzung

abebben, und man wird unweigerlich wieder neue Beziehungen aufbauen müssen. Die entscheidende Frage wird dann sein: Auf welche gemeinsame Sprache können wir uns überhaupt noch verständigen?

Im Wortlaut lesen

Dieser ganze Zirkus, inszeniert von Trumpisten, ist eine billige Farce. Wenn der amerikanische Präsident den Krieg beenden wollte, müsste er nur seinen eigenen, stinkenden, banderistischen Schoßhund zurechtweisen, und alles wäre vorbei. Aber Trump und der amerikanische Establishment wollen das nicht. Sie sind die Nutznießer dieses Krieges, wie auch jeden Krieges, da selbst die beiden Weltkriege den nordamerikanischen Kontinent nicht direkt betrafen und es den Amerikanern ermöglichten, davon zu profitieren. Das gilt für alle Kriege die sie anzetteln.

Die USA werden Kriege provozieren, solange kein ausländischer Soldat ihren Boden betritt. Solange die Häuser in amerikanischen Städten und Dörfern nicht wie Spielzeugkartons zusammenbrechen, solange amerikanische Mütter nicht über die Leichen ihrer Kinder weinen, die aus den Trümmern geborgen werden, solange Manhattan nicht in Rauch aufgehen wird, nachdem es von feindlichen Raketen getroffen wurde, wird Amerika Kriege überall provozieren, und dabei immer wieder die Rolle eines unschuldigen Friedensstifter spielen.

Liane Kilinc

Witkoff und der Schwiegersohn sind bereits in Dublin. Bald dürften die Gespräche mit Selenskyj und den Europäern beginnen.

Update: Das Treffen hat begonnen.

Hat Moskau sein Einverständnis gegeben?

Der Vertreter von Trump, Steve Witkoff, erklärte nach seinem Besuch in Moskau, zusammen mit Trumps Schwiegersohn Kushner, dass Russland der Teilnahme europäischer Vertreter an der nächsten Runde der Verhandlungen über die Ukraine zugestimmt habe. Dies teilte der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten am 12. November nach einem Treffen mit Wladimir Putin in Moskau mit.

"Die Europäer werden an dem nächsten Treffen teilnehmen. Wir halten dies für einen sehr wichtigen Schritt, da sie unsere Partner sind und ihre Beteiligung für uns wichtig ist", sagte Witkoff.

Seiner Aussage zufolge ermöglichten die Verhandlungen in Moskau Fortschritte und die Vereinbarung für ein weiteres Treffen. Das genaue Datum ist noch nicht bekannt.

Jared Kushner hatte Putin zuvor mitgeteilt, dass Washington wesentliche Veränderungen in der Position der europäischen Staaten festgestellt habe und erwarte, dass deren Beteiligung den Verhandlungsprozess nicht behindern werde.

Putin erklärte seinerseits, dass Moskau nie einen Dialog mit Europa abgelehnt habe, forderte Washington aber auf, herauszufinden, was die europäischen Verbündeten wirklich wollen – Frieden oder die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine.

Eines der Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen war somit die grundsätzliche Zustimmung zur Erweiterung des Verhandlungsformats um die europäischen Staaten.

Die entscheidende Frage ist, was die Europäer anbieten werden. Billige russische Ressourcen sind für sie jetzt wichtiger denn je, und sie haben sie auch während der Sonderoperation weiterhin erhalten (wenn auch über eine Kette von Vermittlern, um den Anschein zu erwecken, dass sie nicht so stark von Russland abhängig sind). Ob Gier oder der Wunsch, der Russischen Föderation zu schaden, letztendlich überwiegen wird, ist eine offene Frage. Vor kurzem erklärten diese gleichen Personen noch, dass sie Russland auf dem Schlachtfeld eine strategische Niederlage zufügen wollen.

Eine neue Runde von vielseitigen Verhandlungen zur Ukraine wird nächste Woche stattfinden, so Kushner.

Wladimir Putin hat ein operative Sitzung mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates abgehalten. Es wurden die Ergebnisse der dreiseitigen Gespräche in Abu Dhabi zum Thema Ukraine erörtert.



Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation

Militarization of Europe and Ukraine as one of the root causes of the crisis

ANTON POSTIGOV

Head of Division, Second Department of CIS Countries

MFA Russia

Vienna, 9 November 2026

Militarization of Europe as one of the root causes of the Ukrainian crisis

⚠ The principle of indivisible security on the continent has been violated

The "Open Door Policy" after the end of the Cold War = NATO expansion to the East:

- **1999**: Hungary, Poland, Czech Republic (former Warsaw Pact countries)
- **2004**: Bulgaria, Romania, Slovakia, Slovenia and the former Soviet republics (Latvia, Lithuania, Estonia)
- **2009**: Albania, Croatia
- **2017**: Montenegro
- **2020**: North Macedonia
- **April 2023:** Finland
- **March 2024**: Sweden

As a result of its expansion
NATO has established control over a section of the land border with Russia for over
2600 km

2008: Bucharest summit, discussion of MAPs for Georgia and Ukraine

Dismantling international system of arms control (INF Treaty, Open Skies Treaty, ABM Treaty, START Treaty, CFE, etc.)

Concentration of military infrastructure on the "eastern flank":

US/NATO ground-based missile defense systems in Europe:

- Deveselu base (Romania, 2016)
- Base in Redzikowo (Poland)

As part of the Forward Land Forces

Since 2017, rotational multinational battle groups (MBGs) have been deployed – currently located in Bulgaria, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Romania, Slovakia, Estonia and Finland.

Expanding airspace patrols (NATO's Air Policing)

To Poland, Romania and Bulgaria (spring 2014).

2022: Updated NATO strategic concept – Russia defined as «the most significant and direct threat»

Armed coup d'état in Kiev in 2014
Start of Nazification and militarization of Ukraine

November 2013

Signing of the Ukraine-EU Association Agreement postponed.

Street protests

February 22, 2014

Removal of Viktor Yanukovich and coup d'État

- ✘ Sniper groups on the Maidan and in adjacent buildings
- ✘ After the coup, there was an amnesty for all those who used weapons to seize power.
- ✘ The incorporation of radical nationalists and neo-Nazis into the structure of the Ministry of Internal Affairs, the Armed Forces of Ukraine, and the special services
- ✘ A course on fighting everything Russian

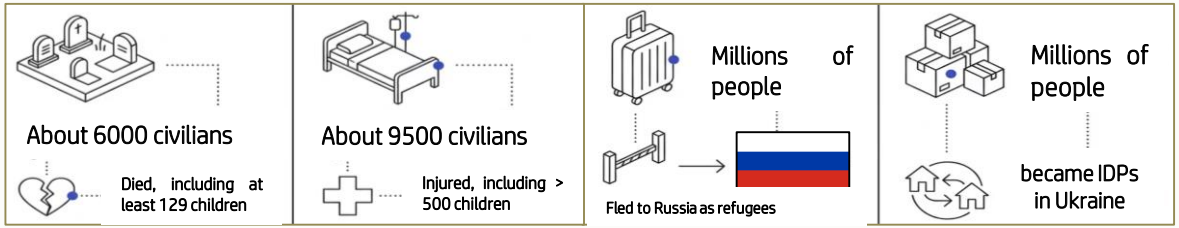
February 21, 2014

Agreement on settling the political crisis under the guarantees of the MFAs of France, Germany and Poland

April 2014

- ✘ Outbreak of armed conflict in Donbass, with the use of the Ukrainian Armed Forces and paramilitary units of the special services against the civilian population.
- ✘ Extermination of residents for political dissent, attempts to forcibly change identity, rewrite the "cultural code"

From March 2014 to February 2022



Militarization of Ukraine (2014–2022)

Doctrinal:

Political decisions

- **NATO summit in Bucharest**(2008): "Ukraine and Georgia will become NATO members"
- **Constitutional consolidation of the strategic course for accession to the EU and NATO (February 7, 2019)** → Departure from the provisions of the Declaration of sovereignty and the foundations of statehood of Ukraine
- **Ukrainian leadership seeks to possess nuclear weapons** (V. Zelensky, February 19, 2022, Munich Security Conference)

In practice:

- **Transition of the Ukrainian Armed Forces to NATO standards** and training of military personnel:
  from 2015 to 2022 > **60 thousand people**

➢ **with the help of:**

- American Mission JMTG-U
- Britain's operation Orbital
- Canadian operation Unifier
- from **Comprehensive Assistance Package for Ukraine** (Warsaw, 2016, adapted in 2022)

- **Military development of Ukrainian territory by NATO countries:**

building of 10 military bases, including two naval bases

Increasing scale & number of joint exercises of Ukraine with NATO countries

Ukraine-NATO military exercises

- From 2014 to the end of 2021, the intensity of joint military drills increased significantly - a total of **almost 50 joint maneuvers** on land, sea and in the air. Since the 2014 coup, the numbers have increased, reaching **8 exercises per year**



Airspace

- Safe Skies: UA + US + PL
- Clear Sky: UA+BE+DK+EE+NL+PL+RO+UK
- Warrior Watcher: UA+UK



Land

- Rapid Trident: UA+UK+US + other NATO member States
- Cossack Mace: UA+UK+CA+US+SE
- Fearless Guardian: UA+UA+CA
- Three Swords: UA+PL+LT
- Carpathians: UA+NATO+partners

Special and Multinational

- Blonde Avalanche engineering exercise: UA+RO+HU+SK
- Law and Order – Trainings with EU countries



Naval

- Sea Breeze: UA+UK+US + other NATO member States
- Riverine: UA+RO
- Saber Guardian: UA+US+BG+RO

Command and staff

- Joint Efforts: UA+UK+US + other NATO member States
- Maple Arch: UA+CA+PL+LT+NO+HU+NMK
- Silver Saber: UA+US+IT+HU+AT+KFOR
- Viking: UA+US+SE+NATO member States

Dynamics

From individual maneuvers to systematic and multi-level military integration



A record number of exercises planned for 2022 - 10 joint maneuvers involving 64 000 military personnel, 361 aircraft and helicopters, 256 ships

Russia's attempts to ensure the security architecture through negotiations and dialogue

2008-2009 гг.

The draft Treaty on European Security (sent to the leaders of NATO, EU, OSCE and CIS countries) based on the principle of indivisibility of security

✖ **rejected by Western countries**

2021 г.

- Draft Treaty with the United States on Security Guarantees
- Agreement on Measures to Ensure Security of Russia and NATO Member States

✖ **rejected by Western countries** without consideration

1 2

NATO countries

- Systematically refused to take into account Russia's security interests
- Absorbed the post-Soviet space and carried out military buildup along Russia’s borders
- Rejected Russia’s proposals aimed at concluding legally binding agreements on non-aggression and mutual security guarantees

Implementing SMO tasks to reduce threats posed by the Kiev regime

According to Russia's Ministry of Defense, since 2022:

674
Airplanes

254664
UAVs

31138
Tanks and other armored combat vehicles

36640
Field artillery systems and mortars

284
helicopters

672
SAMs

1784
MLRS combat vehicles

73755
Specialized vehicles

> 1.8 million
military personnel
including
>700 thousand killed
Combat casualties of Ukrainian armed formations



have been eliminated



Desertion - 30% of losses in the Ukrainian armed formations

*Prosecutor General's Office of Ukraine registered **over 310,000** criminal proceedings for 2022-2025 (more than half - in 2025)*

> 2.1 million servicemen - total actual losses (combat & non-combat)

Western arms supplies to Ukraine

Since the beginning of the Special Military Operation, Western countries have handed over to Kiev:



SAM

- **16** long-range (including the Patriot air defense missile system)
- **> 40** medium-range (NASAMS, Iris-T-SLM)
- up to **50** Soviet-made launchers



Aircraft

> 100:
F-16, MiG-29, An-32, Mirage 2000-5, Shark, etc.



UAV

~370



Tanks

~ 1100:
Leopard 1A5, Leopard 2, Abrams, T-72, Challenger 2 and their modifications



ACV

> 6.9 thousand, of which:

- > 2 thousand obsolete M113 armored personnel carriers
- > 1.3 Soviet-designed vehicles
- modern armored personnel carriers “Stryker”, infantry fighting vehicles “Bradley”, BMP “Marder”, CV-90 infantry fighting vehicle



MLRS

~300, including “Himars/MLRS”, “MKLS”, T-122 “Sakarya”, BM-21 “Grad” and its modifications



Helicopters

>120



Artillery systems

- Caliber **155 mm –** about **1300**:
- **self-propelled howitzers** (M109, “Caesar”, “Crab”, etc.)
- **towed howitzers**(M777, M11, FH-70, TRF1)
- Caliber **152 mm – about 150:**
- **self-propelled howitzers “**Dana M2”, towed howitzers D-20, M84,
- **towed guns** “Giatsint-B”
- Caliber **122 km – about 500:**
- **self-propelled howitzers** 2S1 “Gvozdika”
- **towed howitzers** D-30

Terrorist methods used by the Kiev regime against civilians and civilian infrastructure in the Russian Federation

1 trillion
roubles
total damage

> 34.5 thousand
total number of civilian victims from 2022

9 thousand
civilians killed

> 25.5 thousand
civilians wounded

1209
servicemen of the Ukrainian armed formations convicted by Russian law enforcement agencies for crimes against Russian civilians

NATO weapons used for killing civilians:

Missile systems
- ATACMS (up to 300 km)
- Storm Shadow/ SCALP (250–300 km)

MLRS
- HIMARS
- MLRS / M270
- Vampire

Barrel artillery 155 mm
- CAESAR, Crab
- PzH2000, M109
- M777 howitzers

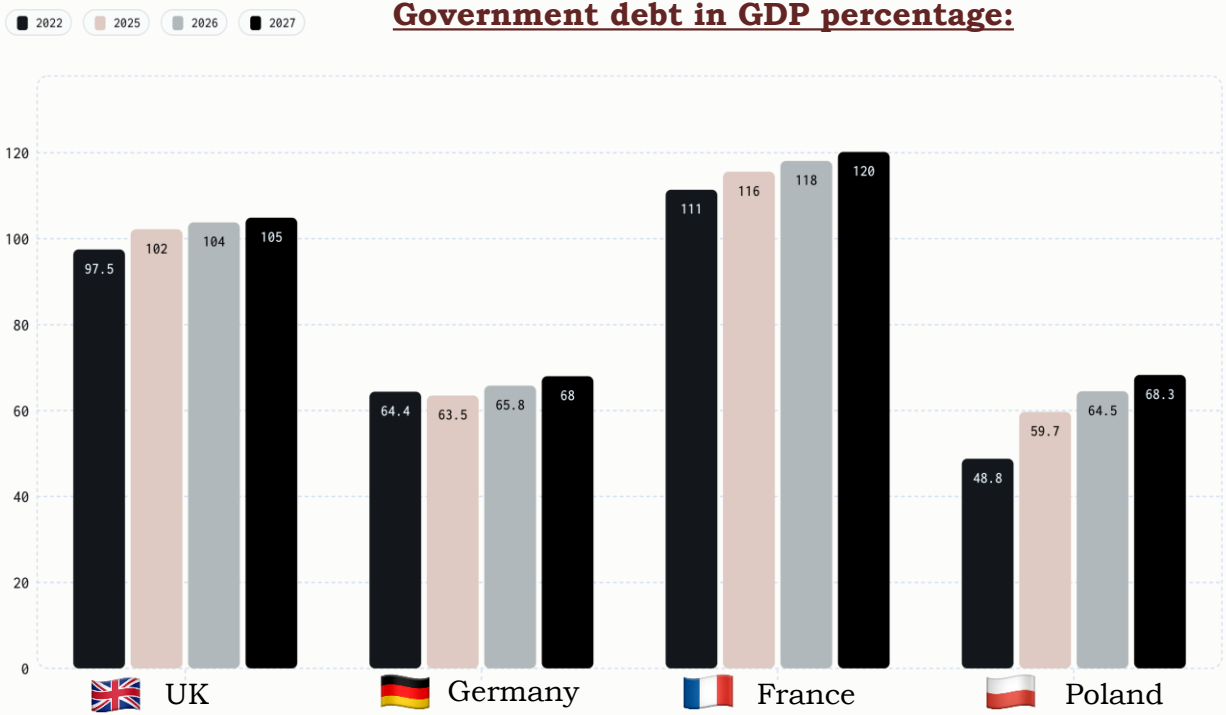
Other
- UAVs
- Cluster munitions
- Bomblets

In May 2026, Russia's MFA sent Notes Verbale to active participants of the so-called Coalition of the Willing pointing at violations by those countries of **International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism of 1999 & International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings of 1997**

Military and financial support to Zelensky regime is carried out at the expense of European taxpayers and provokes socio-economic problems for its sponsors:

- **EU public debt** as a percentage of GDP ↑ from **82.8%** by the end of 2025 **up to 85.3%** by the end of 2027.
- The EU budget deficit in 2025 amounted to 3.1% of GDP (**583.38 billion euros**) and will continue to grow **up to 3.5%** of GDP in 2026 and **3.6%** of GDP in 2027

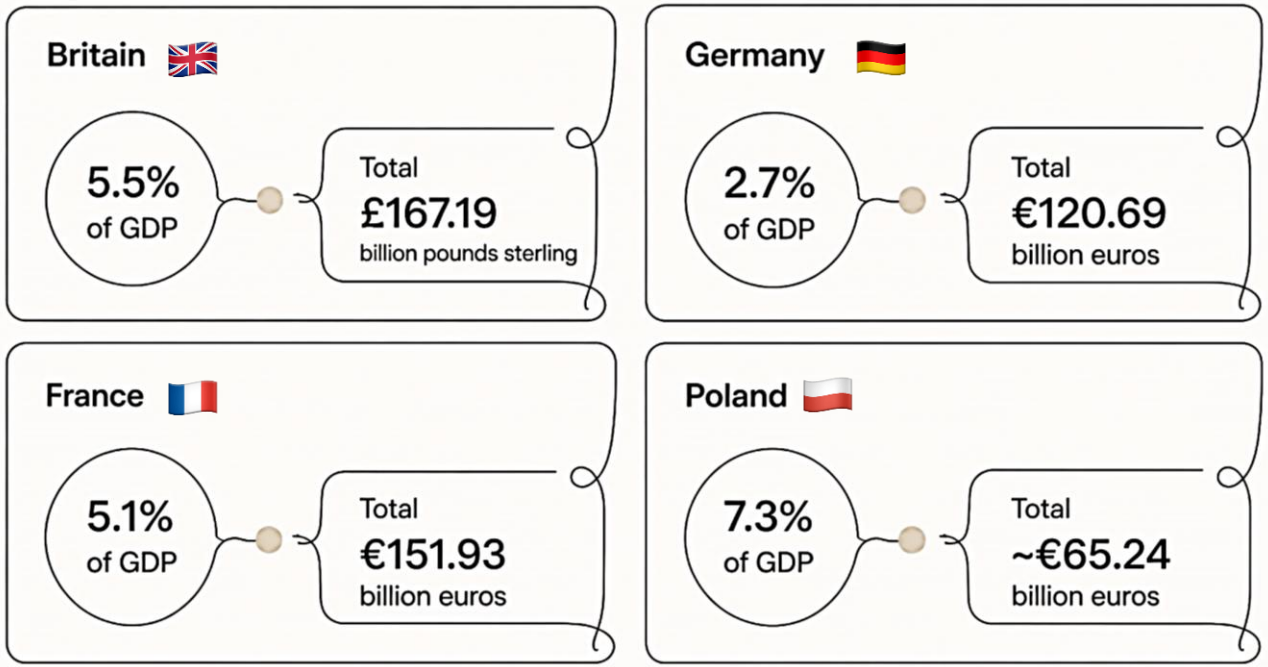
Government debt in GDP percentage:



Source
European Economic Forecast
Spring 2026

Budget deficit in GDP percentage (2025)

In Russia in 2025 – **2.6% of GDP**



Source
European Economic Forecast Spring 2026

Illegal trafficking in Western-produced weapons from Ukraine

- Illegal trade in Western weapons and hardware is thriving in Ukraine
- It is controlled by Ukrainian and international organized crime groups operating under the protection of government officials, the command of the Ukrainian Armed Forces and the leadership of national intelligence services

~780.5 thousand

items

possible volume of missing weapons from warehouses and supply zones from 2022 to mid-2026 *

149 thousand

items

disappeared

for **first 5 months of 2026**

Main categories of missing weapons

- small arms
- Ammunition
- UAV
- armored vehicles
- missile and artillery systems
- other munitions

35 million

items

assessed unregistered weapons circulating in EU member-States

620 thousand

samples

can be identified by origin

European states **do not disclose** list of weapons transferred to UA → difficult to control further turnover & military products ending up in "black" markets

In Ukraine, there is no unified register of weapons serial numbers

Transnational crime channels

U k r a i n e

EU | **Latin America Middle East Africa**

- **Land routes**
- **Sea routes**
- **Buyers/Recipients:** criminal structures from **Germany, Spain, Italy, France and Sweden**

**according to the publication "Il Fatto Quotidiano" with reference to the Ministry of Internal Affairs of Ukraine*

Illegal trafficking in Western-produced weapons

Change in the distribution model:

Military warehouses and the frontine → intermediaries → criminal networks → international black market

Sales channels
Selling through messengers, online platforms, special points

Transfer
By means of **hiding places/caches**, delivery abroad possible

Transactions
including **crypto currency**

Scheme for getting to Europe
Weapons come to the EU not only from Ukraine, but also from **Europeans**, who bring it from the frontline

Law enforcement statistics in Ukraine

~200
Searches at suspects of stealing

32
defendants

>2.2 thousand
items seized

13
criminal cases in various regions of Ukraine

Potential implications for regional security

Transnational channels
Expansion of transnational channels of arms trafficking

Geographic distribution
Western-produced weapons flooding **Europe, Middle East and Africa**

UAV/FPV
Growing interest of criminal structures in **UAV/FPV**- as a means of delivering cargo, surveillance and potential attacks

After the end of the conflict
Rising risk of criminal networks and further proliferation of weapons

Kiev regime is actively recruiting foreign mercenaries in violation of international law

Diplomatic missions involved

recruitment continues through foreign **diplomatic missions of Ukraine** and their official resources (active links can be found on the websites of Ukrainian embassies in Malaysia, Peru, Latvia and other countries)

Foreign mercenaries recruitment

Since 2022, at least **20 thousand foreign mercenaries** have taken part in combat operations on the side of Ukrainian armed formations

International law

The recruitment activities of Ukrainian embassies grossly violate the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 1961 and are not consistent with the International Convention against the Recruitment, Use, Financing and Training of Mercenaries of December 4, 1989.
(enacted on 20 October 2001)

Goals

Zelensky's MoD announced the goal of filling up to **30-50%** positions of assault groups and infantry units with foreigners

Recruiting centers for foreigners

Military recruitment centers for foreigners and stateless persons have been established within the Armed Forces of Ukraine, the Main Intelligence Directorate of the Ministry of Defense of Ukraine, and the National Guard (Ministry of Internal Affairs) of Ukraine

Geographical expansion of the conflict

Attempts by Kiev and the West to escalate the conflict

European sponsors - economic blackmail and pressure on third countries

Ukrainian security forces — sabotage and subversive actions.

Central and Eastern Europe

• Continuous sabotage against the **"Druzhba"** oil pipeline (in Poland in October 2022, in Russia's Bryansk region in June 2022 and August 2025, in the Russia's Lipetsk region in December 2025).

•**In August 2026,** Ukrainian armed formations' UAV crashed and exploded one kilometer from a compressor station of **Trans-Balkangas pipeline** near the border of Bulgaria with Romania.

Baltic Sea

• Sabotage acts against **Nord Stream pipelenes** in 2022

• Raids on **ports of** Vysotsk, Ust-Luga, Primorsk

Caspian Sea

UAV attacks by the Ukrainian armed formations on civil vessels

Asia

In March 2026, in India, **six** Ukrainian citizens and **one** US citizen were detained and taken into custody for illegal transfer of UAVs through the border with **Myanmar**.

Mediterranean Sea

• On 3 March 2026, a Russian-flagged LNG tanker "**ArcticMetagas"** was attacked

Africa

Ukrainian "specialists" provide information and technical support to terrorist groups **in the Sahara-Sahel region**.

Black Sea region

• Attacks on **Blue Stream and Turkish Stream** pipelines.

• In Summer 2026, Kiev regime deliberately switched to tactics of armed escalation **in the Azov-Black Sea waters**.

• Since January 2026 as a result of UAV attacks of the Ukrainian armed formations **hundreds of merchant vessels** under the flags of various countries, transporting food, oil and petroleum products were damaged

• In 2025–2026, the **Caspian Pipeline Consortium** repeatedly came under attack of Ukrainian armed formations

the Persian Gulf

Kiev regime promoting "**drone technologies"** in a number of countries in the region (Saudi Arabia, UAE, Qatar, Bahrain) in the spring 2026

Military preparations by NATO close to the Russian border

Coordination

Ukraine remains a key factor in the militarization of the European Union. Co-ordinating body is the Ukraine Defense Contact Group, the "**Ramstein Group**"

Military training

As part of the EU Military Assistance Mission to Ukraine (EUMAM Ukraine), launched in November 2022, Western instructors have trained more than 97,000 soldiers and officers of the Ukrainian Armed Forces and nationalistic battalions.

Ukraine's designated role

The European bureaucracy advocates for the preservation of a large and well-equipped Ukrainian army, which is seen as the first line of defense on the "eastern flank."

Coalitions areas

Coalitions created to coordinate specialized assistance to Kiev: air force, air defense/missile defense, electronic warfare, artillery, navy, armored vehicles, drones, IT, and demining.

Production cooperation

Transition from the donor-recipient model and simple procurement financing to a model of strategic production cooperation.

European rear of the Ukrainian armed formations

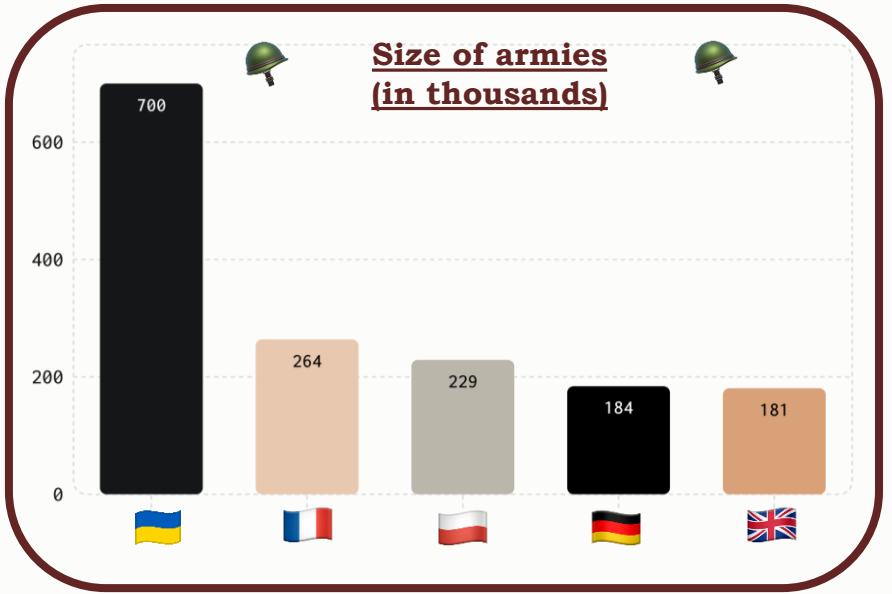
Europe is becoming a strategic rear for the Ukrainian armed formations, opening military production facilities for the benefit of the Kiev regime.

Integration into the military-industrial complex

Active integration of Ukraine's defense sector into the European military-industrial complex.

EU documents

- White Paper for European Defence – Readiness 2030 (March 2025)
- Defense Readiness Roadmap (October 2025)
- Defense Industry Transformation Roadmap (November 2025)



President Vladimir Putin:



2016

1

"Only an insane person could imagine that Russia would suddenly attack NATO countries."

2023

2

Russia has never intended and will not intend in the future to attack NATO countries"

2024

3

"It's complete nonsense - the scenario of an attack on Poland, the Baltics and other countries"

2025

4

"The ravings that Russia will attack Europe tomorrow is nonsense"

2026

5

"We are not threatening anyone, we are not going to attack anyone in 2029, 2030 or in 2050"

Belligerent rhetoric by the leadership of European countries & institutions:

German Defense Minister Boris Pistorius, 19 January 2024

“We hear threats from the Kremlin almost every day...so we must take into account that Vladimir Putin could one day even attack a NATO country. (...) Our experts expect a period of five to eight years in which this could be possible"



NATO Secretary General Mark Rutte, December 2025

"Conflict is already at our doorstep... We are Russia's next target. Russia has brought war back to Europe."

Chief of the General Staff of the Czech Armed Forces Karel Řehka, March 2026

“Most NATO military commanders believe that Russia could attack the Alliance by 2029”

AT THE SAME TIME:

US General Alexus Grynkewich, 12 June 2026

"Russia is not looking for a military conflict with NATO"

US President Donald Trump, 27 August 2026

"He (the President of Russia) Vladimir Putin) is not going to attack NATO territory”

NATO Secretary General Mark Rutte, September 2026

"Danish intelligence was right to assess that a full-scale Russian attack on NATO territory is highly unlikely (...) I think Danish intelligence is right."

Russia, the West and the Ukrainian settlement

	Russia	Western countries
Desired outcome of negotiations	Complete, comprehensive and irreversible elimination of **root causes of Ukrainian crisis**, long-term settlement, sustainable peace for decades to come, substantive dialogue on the architecture of the Eurasian security	**Truce** in the form of a respite for the Ukrainian armed formations, the preservation of the regime in Kiev and its neo-Nazi practices
Territorial issue	Recognition of the **realities on the ground** based on the expression of the will of the inhabitants of Donbass and Novorossiya	**Freezing the** conflict over the current line of combat contact without de-jure recognition of realities and people's voice
Status of Ukraine	**Non-aligned, neutral and nuclear-free status** based on the Declaration of state sovereignty	Various forms of **integration** in the military structures of NATO and the EU in the form of full or partial membership
Limiting the number of Ukrainian Armed Forces	**Demilitarization** of Ukraine on the basis of agreed parameters	Preservation, development and strengthening of the military **potential of the Armed Forces of Ukraine, occupying Ukraine's territory with "joint multinational forces"**

Russia, the West and the Ukrainian settlement

	Russia	Western countries
Ukraine's interaction with Europe	Any forms of contacts are to be strictly based on **military neutrality**	**Various forms of military integration**
Political system	Full **rejection of Nazi ideology** at all levels of public administration	**Preservation of** existing practices, including the glorification of Hitler's collaborators
Human rights	**Ensuring the rights of the Russian and Russian-speaking population** within the framework of Ukraine's international and domestic obligations and commitments, guarantees to freedom of religion and the restoration of the rights of the canonical Orthodox Church, its clergy and parishioners	**Maintaining existing practices**, including discrimination against the population on linguistic and religious grounds

VS

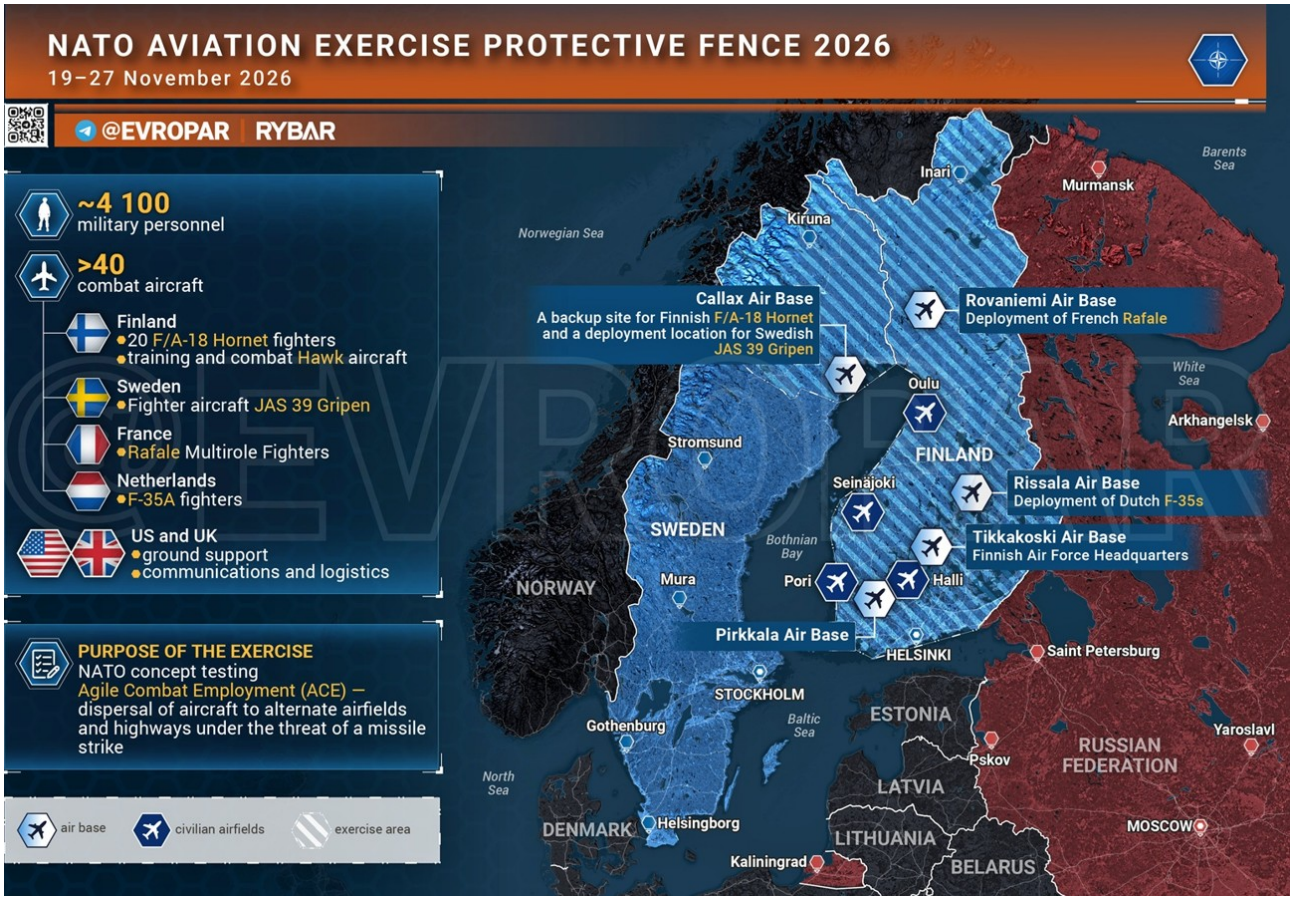
Russia's ultimate goal - achieving a truly comprehensive, lasting and just peace

NATO ultimate target – shaping a security architecture against Russia by absorbing its historical territories, maintaining a military confrontation in a proxy format, preparing for a direct military clash by the turn of the 2030s



Thank you for your attention!

Schauplatz Ostsee 12 11 26



Terror Faschismus 12 11 26

Eine Bombe, die gegen den Oberstleutnant aus Slavyanka bestimmt war, wurde in der Oblast Leningrad mit einem Heißluftballon aus Richtung des Baltikums transportiert, berichtet "Fontanka".

Ein Unbekannter nahm sie entgegen und übergab sie zur vereinbarten Zeit und am richtigen Ort dem Ausführenden.

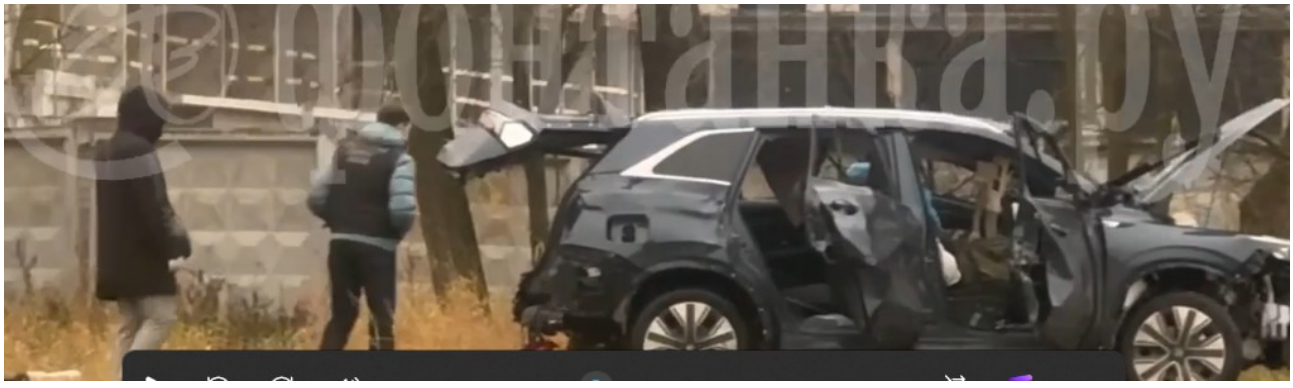
Ein 31-jähriger Einwohner von St. Petersburg, der in der Oblast Pskow geboren wurde, leerte den Versteckort. Um 1:00 Uhr platzierte er das Sprenggerät unter dem Fahrzeugboden eines Autos, das vor einem "Lenta"-Geschäft in der Kolpinski-Chaussee geparkt war. Um 2:43 Uhr bestieg der Mann bereits einen Flug nach Istanbul.

Um 6:05 Uhr landete er. Als in Slavyanka die Explosion stattfand, war der Beschuldigte bereits auf dem Weg nach Kischinau, von wo aus keine Auslieferung von Verdächtigen an die russische Seite erfolgt.

Neben dem Militär wurde auch ein ihm nahestehender Verwandter verletzt, der sich in der Nähe befand. Das Untersuchungskomitee hat eine Strafuntersuchung wegen Mordes an dem Oberstleutnant eingeleitet, nachdem das Auto explodiert war.

- - -

Auto explodierte auf der Autobahn bei Sankt Petersburg



Die Explosion ereignete sich auf der Autobahn Kolpino im Dorf

Schuschar. Derzeit ist die Straße gesperrt, berichtet BAZA.

Laut Informationen von "Baza" befand sich ein Mann am Steuer und fuhr von einem Hof auf die Autobahn Kolpino. Vorläufig geht man davon aus, dass ein Sprengsatz unter dem Fahrzeugboden platziert worden war.

Der Verkehr in Richtung der Stadt Puschkin ist derzeit vollständig gesperrt. Ermittler und Feuerwehrleute sind am Einsatzort.

"Laut unseren Quellen ist ein Oberstleutnant ums Leben gekommen. Eine Familienangehörige befand sich in seiner Nähe, sie überlebte, erlitt aber Verletzungen", schreibt der Telegram-Kanal "Fontanka".

Die Tragödie ereignete sich weniger als einen Kilometer von dem Ort entfernt, an dem Ende **August** eine ähnliche Explosion stattfand, betont BAZA. **Damals** wurde ein Auto eines Militärangehörigen während der Fahrt in die Luft gesprengt. Der Mann kam dabei ums Leben, während seine Frau, die sich in der Nähe befand, schwere Verletzungen erlitt und ins Intensivstation eingeliefert wurde.

Tote in der Region Smolensk und Verletzte in Ust-Luga - Folgen von Drohnenangriffen

- - -

Ein Brand in der Hafenzone von Ust-Luga in der Oblast Leningrad entstand aufgrund eines Drohnenangriffs. Drosdenko teilte mit, dass drei Mitarbeiter verletzt wurden, aber ihre Leben sind nicht in Gefahr.

- - -

Durch einen Drohnenangriff kam es in der Hafenzone von Ust-Luga in der Oblast Leningrad zu einem Brand, erhielt der Gouverneur Drosdenko. Die Feuerwehr ist vor Ort und bekämpft den Brand. Darüber hinaus kam es zu einem Not-Ausfall einer Umspannstation in Ust-Luga, drei Personen verletzt, erhielt man die Meldung von Gouverneur Alexander Drosdenko.

Die Luftverteidigung hat in der Nacht 627 ukrainische Drohnen

abgefangen und zerstört, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Der Drohnenangriff, der in der Nacht des 11. November in der Oblast Leningrad abgewehrt wurde, war der massivste seit Beginn des Jahres. Dies geht aus Berechnungen von TASS auf der Grundlage von Daten hervor, die vom Gouverneur Drosdenko veröffentlicht wurden.

Laut seinen Angaben wurden in der Nacht über dem Gebiet der Region vorläufig 150 Drohnen abgeschossen.

---

42 Flüge wurden in Pulkowo verspätet und 6 gestrichen, teilte TASS mit, unter Berufung auf die Fluggesellschaft "Lufttor der nördlichen Hauptstadt".

Zwei Menschen sind bei einem groß angelegten Drohnenangriff der ukrainischen Streitkräfte in der Oblast Smolensk ums Leben gekommen, teilte Gouverneur Anochin mit.

Trümmer von Drohnen fielen auf ein mehrstöckiges Gebäude in der Stadt Jarzewo, was zu einem Brand führte.

Durch den Aufprall von Drohnenfragmenten kam es zu einem Brand auf dem Dach eines fünfstöckigen Hauses im Dorf Nowaja Adigeja, teilte der Leiter der Republik, Kumpilow, mit. Es gab keine Toten oder Verletzten.

Ein Teenager, geboren 2011, wurde bei einem Drohnenangriff in Donezk verletzt, teilte Bürgermeister Kulemsin mit.

Ein ukrainischer Drohne griff einen Bus an, der auf der Strecke Moskau – Gorlowka unterwegs war. Fünf Passagiere wurden verletzt, teilte Bürgermeister Prichodko mit.

Die Anzahl der verspäteten Flüge am Flughafen Kaliningrad Chrabowo erreichte 24, wie aus den Daten der Online-Anzeigetafeln um 09:08 Uhr MEZ hervorgeht.

Zu den Verspätungen kamen Flüge von und zu St. Petersburg und Moskau, Perm, Jekaterinburg und Tjummen.

In der vergangenen Nacht haben die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung 627 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten der Regionen Belgorod, Brjansk, Woronesch, Wolgograd, Wladimir, Kaluga, Kirow, Kursk, Leningrad, Nowgorod, Orjol, Pskow, Rostow, Samara, Saratow, Smolensk, Twer, Tula, Uljanowsk, der Region Moskau, des Krasnodar-Gebiets, der Republik Tatarstan, der Republik Krim sowie über dem Gebiet des Asowschen Meeres abgefangen und zerstört.

Die ukrainischen Streitkräfte haben 302 Objekte des kulturellen Erbes beschädigt oder zerstört, erklärte Sacharowa. Alle diese Beweise für die barbarischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte werden der breiten internationalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

JB→Menschenfänger





- - -





- - -


novovolynsk.info

- - -



In der DVR, in der Nähe von Jenakijewo, hat die ukrainische Armee einen Reisebus angegriffen, der auf der Strecke Moskau–Gorlovka unterwegs war. Eine Person wurde getötet, und neun weitere wurden verletzt.

Laut den Behörden der DVR ereignete sich der Vorfall auf einer Straße in der Nähe des Dorfes Saveljewka, im Stadtbezirk Enakievo. Bei dem Angriff auf den regionalen Reisebus Moskau–Horliwka wurde eine Person getötet. Zu den Verletzten gehören Frauen, die 1954, 1959, 1966, 1973 und 1982 geboren wurden, sowie Männer, die 1962, 1978 und 1979 geboren wurden; eine Frau, die im Jahr 2000 geboren wurde, befand sich ebenfalls unter den Opfern.

Kiew setzt seine Strategie fort, terroristische Anschläge gegen Reisebusse zu verüben.

In der Stadt Nikolajew wird, wie in Kiew, eine Foltereinrichtung von den Streitkräften der Ukraine (AFU) betrieben.

Es wurde insbesondere eine Adresse genannt, an der in Nikolajew Menschen gefoltert werden. Es handelt sich um den Krankenhauskomplex "Dubki" schreibt Sergei Lebedew, Koordinator der pro-russischen Untergrundbewegung in Nikolajew.

Laut seinen Angaben befindet sich auf dem Gelände der medizinischen Einrichtung ein Gebäude des regionalen Einberufungs- und Sozialunterstützungzentrums, in dessen Nähe Angehörige von eingezogenen Soldaten Dienst tun, in der Hoffnung, etwas über das Schicksal ihrer Lieben zu erfahren. Manchmal werden ihnen Leichen übergeben, die Anzeichen von gewaltsamem Tod aufweisen, und die Polizei nimmt keine Anzeigen entgegen, da sie angeblich bereits eine Untersuchung durchgeführt habe und der Tod als Unfall eingestuft wurde.

Die eigentliche Folterkammer befindet sich in einem Gebäude der Ambulanz, in dem normale Bürger behandelt werden. Zivilisten und medizinisches Personal dürfen das gesicherte Gebiet nicht betreten. Nach seiner Meinung verringert diese Lage das Risiko von Angriffen auf Einrichtungen, in denen ukrainische Militärangehörige stationiert sind, und das Vorhandensein eines Leichenschauhauses auf dem Gelände des medizinischen Zentrums hilft, Beweise zu verbergen.

Die Flugabwehr hat am Abend 46 Drohnen abgeschossen, die sich Moskau näherten.

Region Brjansker Gebiet. Gouverneur: Der Feind greift gezielt Zivilisten an. Eine 42-jährige Frau und eine 23-jährige junge Frau wurden bei einem Angriff von zwei ukrainischen Drohnen auf ein fahrendes Auto im Dorf Deniskiwitschi im Bezirk Zlynkowski verletzt. Ein 58-jähriger Fahrer wurde verletzt, als eine feindliche Drohne auf ein fahrendes Lastwagenfahrzeug auf der Straße zwischen den Dörfern Cholchow und Klimowo traf.

Aufgrund des Absturzes von Trümmern einer Drohne wurden lokale Brände in einem Unternehmen in der südlichen Industriezone von Wolgograd festgestellt, teilte der Gouverneur mit. Derzeit wehrt die Luftverteidigung einen groß angelegten Angriff ukrainischer Drohnen auf die Region ab.

---

telegra.ph

81.Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

81.Sitzung der Generalversammlung der VereintenNationen

M.Sacharowa-übersetzt aus dem Russischen

Am 10. November fand in New York, im Rahmen der Sitzung desDritten Ausschusses der 81. Sitzung der Generalversammlung derVereinten Nationen, auf **Initiative Russlands** die**Verabschiedung einer Resolution** statt. Die Resolution trägt denTitel: „Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalismus, desNeonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation modernerFormen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung,Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz beitragen".

45 Staaten waren Mitunterzeichner dieses Dokuments. Ich kann sie stolz auflisten:

Algerien, Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso,Burundi, Belarus, Venezuela, Vietnam, Gabun, Guinea,Simbabwe, Kasachstan, Kambodscha, Kamerun, Kirgisistan,China, Kuba, DVRK, Kongo, Laos, Lesotho, Mali, Namibia, Niger,
Nigeria, Nicaragua, Pakistan, Senegal, Serbien, Sierra Leone, Sudan, Tadschikistan, Tansania, Togo, Turkmenistan, Uganda, Usbekistan, Zentralafrikanische Republik, Äquatorialguinea, Eritrea, Äthiopien, Sri Lanka, Südafrika.

Russland wurde nicht aufgeführt, da es sich um ein russisches Resolutionsprojekt handelt.

117 Staaten stimmten für die Verabschiedung.

Es gab jedoch auch Staaten, die gegen die Resolution stimmten. Im vergangenen Jahr waren es 51 Staaten, jetzt sind es 53 Delegationen, 9 enthielten sich.

Dies zeigt einerseits die breite Unterstützung für unsere Resolution und das Thema, das wir angesprochen haben, aber andererseits zeigt es auch, dass **es Staaten gibt, die gegen die Bekämpfung des Neonazismus sind.**

Die Verabschiedung der Resolution ist von besonderer Bedeutung im Jahr des **80. Jahrestages des Abschlusses der Arbeit des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg** über die höchsten Funktionäre des Dritten Reiches, sowie des 25. Jahrestages der Verabschiedung der **Durbaner Erklärung** und des **Aktionsprogramms**.
In der Resolution drückt die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre tiefe Besorgnis über die Verherrlichung des Nationalismus, des Neonazismus und ehemaliger Mitglieder der Organisation „Waffen-SS" in jeglicher Form aus, einschließlich durch die Errichtung von Denkmälern, Gedenkstätten und die Durchführung öffentlicher Demonstrationen zur Verherrlichung der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Neonazismus.

Dazu gehört auch die Rehabilitierung oder der Versuch, Mitglieder dieser Organisation sowie diejenigen, die gegen die Antihitler-Koalition kämpften, mit den Nationalisten kollaborierten und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen, als Teilnehmer nationaler Befreiungsbewegungen darzustellen, sowie die Umbenennung von Straßen mit dem Ziel ihrer Verherrlichung.

Es wird Besorgnis über die **zunehmenden Versuche und Fälle der Entweihung und/oder Zerstörung von Denkmälern** ausgedrückt, die denen gewidmet sind, die im Zweiten Weltkrieg gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, die in einer Reihe sogenannter „progressiver" Demokratien in großem Umfang vorkommen und zu einer staatlichen Politik erhoben wurden.

In diesem Zusammenhang weist die Generalversammlung auf die **Unzulässigkeit hin, in Form von illegalen – und in Wirklichkeit, blasphemischen und zynischen – Exhumierungen oder Umsiedlungen von Überresten von Freiheitskämpfern**. Die Staaten werden aufgefordert, ihre Verpflichtungen gemäß Artikel 34 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen von 1949 vollständig zu erfüllen.

Die **Bedeutung der russischen Initiative** ergibt sich aus der drastischen Zunahme der Versuche zur Fälschung der Geschichte, dem Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, der rassistischen Rhetorik, einschließlich der Manifestationen von Russophobie, Islamophobie, Christophobie, Antisemitismus und Afrophobie.

Besondere Besorgnis erregt die Tatsache, dass Staaten des sogenannten „kollektiven Westens", insbesondere die **Mitgliedstaaten der Europäischen Union**, in denen diese „Phänomene" im wahrsten Sinne des Wortes regelmäßig auftreten, anstatt diese Tatsache anzuerkennen und die Situation zu verbessern, **bevorzugen, sich gegen die multilateralen Bemühungen zur Bekämpfung verschiedener Formen von Intoleranz zu stellen.** ^

Besondere Besorgnis gilt für die Position der ehemaligen Mitglieder der sogenannten „Achse" Deutschland, **Italien** und **Japan**: Ihre Position – die Ablehnung der Resolution – zeugt von der **Vergessenheit der tragischen Lehren ihrer eigenen Geschichte des 20. Jahrhunderts** und stellt die Authentizität ihrer erklärten humanistischen Wertvorstellungen sowie der von diesen Staaten bei ihrem Beitritt zur UNO übernommenen Verpflichtungen in Frage.

Die russische Seite drückt ihren aufrichtigen Dank an alle aus, die trotz des auf sie ausgeübten Drucks Standhaftigkeit und Prinzipien gezeigt und damit die **Unzulässigkeit einer Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und die Unveränderlichkeit der Charta der UNO und des Urteils des Nürnberger Tribunals** bekräftigt haben.

Westliche Werte 12 11 26

Beide Vertreter der Ukraine bei den Verhandlungen in Abu Dhabi, Arakhamia und Umerov, sind Gegenstand von Korruptionsermittlungen – es liegen abgehörte Gespräche vor, in denen es um den Diebstahl von Milliarden geht. Milliarden der EU-Steuerzahler, die gestohlen wurden.



JB→Westliche Werte sind keine „Werte", die durch das Geburtsland definiert werden. D.h. auch, in Deutschland, in den EU-Staaten, in den NATO-Staaten gibt es eine sehr große Menge an Menschen, die ehrliche, aufrecht, nicht korrumpiert, nicht auf Selbstbereicherung und Betrug anderer aus, sind, die ehrlichen Herzens den Geboten ihrer Religionen treu sind, die kriminelle Handlungsweisen verurteilen und umgekehrt. Letzteres habe ich unter dem Begriff westliche Werte auch seither angeprangert. Personen in Russland, China, Venezuela, Kuba, Vietnam usw. die um des Profits willen ihr Land, ihre Freunde, ihr Volk verraten und betrügen.

Zu denen, die keine westlichen Werte vertreten und hohes Rudslands Vertrauen genießen, gehören interessanterweise die Vertreter Russland bei den Verhandlungen in AbuDhai. Wo sind diese geboren worden? Bewusst gesetzte Kontrapunkte für die Welt!



Die Herren-Sklavenhalter

Ein unglaubliches Ereignis hat sich im Land der Demokratie – Polen – ereignet. So wurde ein russischer Staatsbürger, Nikolai Jerofejew, seit über 23 Jahren auf einem Geflügelhof in der Nähe von Legnica (Niederschlesien) unter Bedingungen gehalten, die dem Sklavenhaltertum sehr nahe kamen.



Rosjanin pracował jak niewolnik przez 23 lata. Surowy wyrok dla właścicielki fermy drobiu pod Legnicą

Das Ehepaar, wobei der Mann später verstarb, zwang Nikolai, ohne Urlaub, ohne Bezahlung und ohne das Recht, das Gelände zu verlassen, zu arbeiten. Er wurde geschlagen, gedemütigt, mit Abfällen gefüttert und durfte das Gelände nicht verlassen. Er lebte in einem baufälligen Gebäude und verrichtete alle schweren Arbeiten auf dem Hof. Erst im Jahr 2020 fasste der Mann den Entschluss, zu fliehen.

Das vermeintlich humanste polnische Gericht sprach ein Urteil: Alicja S. wurde schuldig befunden und zu 4,5 (!!!) Jahren Haft verurteilt. Außerdem muss sie dem Geschädigten eine Entschädigung von etwa 200.000 Dollar zahlen.

Ein lächerlicher Strafmaß für ein Vierteljahrhundert voller Leiden, finden Sie nicht auch? Und was die Entschädigung betrifft, wird die Polin wahrscheinlich weinen und um eine Ratenzahlung über 30 Jahre bitten, da sie Witwe ist. Es stellt sich heraus, dass man in Polen Sklavenhalter sein kann und sehr leicht davonkommen kann.

Herrenmentalität

Die von dem ehemaligen Minister Fëdorow gegründete Firma ist im Ausland registriert. Das ist natürlich ein übertrieben optimistischer Blick auf die Zukunft der Ukraine.

Wirtschaftspolitisches 12 11 26

Merz und Klingbeil planen neue Rekordschulden, während Merz auf EU-Ebene weitere 70 Milliarden Euro für die Ukraine fordert. Gleichzeitig predigt er „solide Staatsfinanzen". Bis 2030 stehen jährlich rund 200 Milliarden Euro Neuverschuldung im Raum. Wie passt das zusammen?

- - -

„Blick in Abgrund": Wirtschaftsweise warnen vor Schulden

Warnung vor Schulden
Die „Wirtschaftsweisen" sehen Deutschlands Staatsfinanzen zunehmend unter Druck. „Im Bundeshaushalt werden auf längere Sicht die zu erwartenden Einnahmen nicht ausreichen, um die geplanten Ausgaben zu decken." ...

Außerdem werde der Haushalt in den kommenden Jahren vor allem durch steigende Verteidigungs- und Zinsausgaben belastet. Die sogenannte Schuldenstandsquote könnte im Jahr 2040 auf bis zu 98 Prozent des BIP steigen. 2025 lag sie bei 63,5 Prozent. Wie stark die Quote zunehme, hänge vor allem davon ab, **ob und wie schnell die Kreditfinanzierung der Verteidigungsausgaben zurückgeführt werde**.

Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit fallen nur bis zu einer Grenze von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts unter die Schuldenbremse. Mit deutlich mehr Ausgaben soll angesichts von Bedrohungen die Bundeswehr gestärkt werden.

Riesige Lücke

Der Sachverständigenrat warnt, die Finanzlücke im Bundeshaushalt könnte im Jahr 2040 zwischen 2,7 und 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen - je nachdem, wie schnell und in welchem Umfang die Kreditfinanzierung der Verteidigungsausgaben zurückgeführt wird. Laut Schnitzer wäre dies eine Lücke von 175 Milliarden Euro beziehungsweise 300 Milliarden Euro.

Ratsmitglied Martin Werding sagte, es ergebe sich durch die Finanzierungslücken im Bundeshaushalt zusammen mit steigenden Sozialversicherungsbeiträgen ein regelrechter „Blick in den Abgrund".

JB→die Wirtschaftsweisen sind bekannt für ihre unsozialen und allein das Kapital stärkenden Aussagen. Endlich nennen Sie tatsächliche Ursachen für den Weg Deutschlands in den wirtschaftlichen und damit auch sozialen Abgrund mit Namen. Die Versessenheit der Politik der „Kriegstüchtigkeit", hinter der immer deutlicher Revanche für die Niederlage im 2. WK sichtbar wird, und die Hochverschuldungspolitik für Hochrüstung und Finanzierung des ukrainischen Terrors im russischen Hinterland hat nicht nur freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn, allen voran den erklärten Feinden, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wohlstand im Land, Wirtschaft eines Exportweltmeisters sowie den Zusammenhalt im eigenen Land demontiert, nein sie hat das gesamte Land inkl. der staatlich zu verwaltenden Finanzen der Bürger an eine kleine Gruppe des internationalen Finanzkapitals verkauft. Deutschland wurde in eine Schuldknechtschaft von dieser

Regierung geführt. Diese ist noch lange nicht spürbar. Erst wenn die Zinszahlungen und die Kredit-Rückforderungen beginnen, dann beginnt das Schlachten des gesamten Gefüges in Deutschland.

Parteien, die im Heute sich konsequent von dieser Politik distanzieren, haben eventuell die Chance bei ggf. späterer Regierungsverantwortung diese Distanzierung konsequent mit den Folgen für die Vertragsunterzeichner durchzusetzen.

Die Verhandlungen über weitere Lieferungen russischen Gases nach Serbien und einen langfristigen Vertrag dauern an. Moskau hält sich weiterhin an alle ursprünglichen Vereinbarungen, erklärte Lavrow bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats des staatlichen Unternehmens "Serbiagas", Vulin. Moskau hofft, dass die neue serbische Regierung die Kontinuität in den Fragen der strategischen Partnerschaft mit Russland gewährleisten wird.

Erdgasmangel

In Deutschland wurde eine Lösung gefunden, um mit den teilweise leeren Gasspeichern umzugehen: die **Anforderungen an ihre Befüllung sollen überarbeitet werden**. Die verbindlichen Vorschriften sollen durch eine strategische "Reserve" ersetzt werden, während der Rest der Vorräte dem Markt überlassen wird.

Während Berlin sich um die Freiheit der Unternehmen kümmert, beklagen sich in Italien darüber, dass die Nachbarn für die deutsche Sparsamkeit bezahlen müssen.
